Baden, (Süd)baden, Baden-Württemberg: Waldshut auf dem Weg ins 21. Jahrhundert.

von Jürgen Bödeker

„Die beste Politik aber, die wir betreiben können, ist Heimatpolitik“ (56).

Nach Kriegsende bestand die gesamtbadische Regierung in Karlsruhe noch bis Juli 1945. Hintergrund war das französische Bestreben, das ganze Land Baden unter seine Besatzung zu bringen. Es gelang nicht. Am 1. Juli 1945 wurde die Aufteilung in eine amerikanische Besatzungszone nördlich der Autobahn A8 Karlsruhe-Ulm und eine südlich französische Zone besiegelt. Diese Zone wurde geteilt. Östlich entstand das Land Württemberg-Hohenzollern. Den westlichen südbadischen Landesteil bezeichneten die Franzosen als Land Baden. Verstanden sie sich doch als Treuhänder der ursprünglichen badischen Tradition. Freiburg wurde Amtssitz der französischen Regierung. Für die Gesamtbevölkerung aber war dieser Teil nur das französisch besetzte (Süd)baden. Hier fand 1947 eine Volksabstimmung statt. Dabei wurde der Name Land Baden verankert. Die Südbadener sahen sich als legitime Nachfolger des ursprünglichen Badens mit seinen Wurzeln im Großherzogtum (15).

Leo Wohleb, der 1947 in Freiburg zum ersten Staatspräsidenten des neu geschaffenen Staates gewählt wurde, war ein konsequenter Vertreter dieser Ansicht. Bis zur Gründung des Südweststaates Baden-Württemberg blieb er als Mitglied der Badischen Christlich-Sozialen Volkspartei ein erbitterter Gegner eines Zusammenschlusses. In der Präambel der Verfassung für (Süd)Baden ist ausdrücklich davon die Rede, dass sich das Badische Volk als Treuhänder der alten badischen Überlieferung versteht (56). Daher der Begriff „Altbadener“ für die Gegner des Zusammenschlusses. Bei der Suche nach Identität in der unmittelbaren Nachkriegszeit spielte für Wohleb der Heimatbegriff eine bedeutsame Rolle. Dabei übernahm die neue Regierung in Freiburg bereitwillig Grundsätze der wichtigsten Heimatvereine, besonders die des Bundes Heimat und Volksleben (56). Altes Kulturgut in Sitte und Brauchtum sollte in der Politik einen wichtigen Platz einnehmen. Bei bedeutenden Anlässen und Festen hatten Trachtenträger im Vordergrund zu stehen. Die Bauern sollten nach Überwindung der dürrebedingten Hungerkrise von 1947 gewürdigt werden. Heimatpflege galt als Quelle volksfördernder, keineswegs völkischer, sondern christlich-demokratischer Wiederbelebung. Wirtschaftliche Vorteile waren dem Gesamtbestand der Heimat nachzuordnen. „Die beste Politik aber, die wir betreiben können, ist Heimatpolitik“ war Ende 1948 in der Eingabe der Arbeitsgemeinschaft Schwarzwälder Volksleben an den Staatspräsidenten zu lesen (56). Dies sollte eine der Wurzeln für den Widerstand gegen die Schaffung des Südweststaates bleiben. Gelder für den Aufbau einer heimatlichen Identität kamen vorwiegend dem ländlich geprägten alemannischen Raum im Süden des Landes zugute (1). Dabei war der südliche Teil Badens weniger zerstört aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen als die stärker industrialisierten nördlichen Regionen. Im Süden waren Landwirtschaft, Handwerk und kleine bis mittelgroße Betriebe das wirtschaftliche Rückgrat. Auch die Flüchtlingsströme aus dem Osten erreichten diese Region verzögert, was die Heimatverbundenheit der Bevölkerung und ihre Identitätsfindung stützte. Heimatpflege wurde kulturpolitisches Programm der Freiburger Regierung und ihres Präsidenten L. Wohleb (56). Seine außenpolitischen Akzente waren die Aussöhnung mit den

Nachbarstaaten Schweiz und Frankreich. Dem standen anfangs aber Verwerfungen in der Wirtschaftspolitik entgegen.

„Lasst also nur erst aus Deutschland einen Kadaver werden, dann wird er nicht nur Europa, dann wird er die ganze Welt verpesten!“ (7).

Diese Worte gehen auf E. Lais zurück, 1948 Wirtschaftsminister im Kabinett Wohleb. Sie richten sich vor allem gegen die Demontagepolitik der Franzosen und ihre wirtschaftlichen Folgen. Ziel der französischen Besatzungspolitik in Südbaden war es, diese in den Dienst des französischen Wiederaufbaus zu stellen. Unternehmensanteile von deutschlandweit tätigen Firmen wurden unter französische Kontrolle gebracht. Im Kreis Waldshut waren es die Kraftwerke um den Schluchsee, in Dogern, Albrück und Waldshut, die dem RWE-Konzern in Essen zugeordnet waren. Französisches Kapital floss unter günstigen Bedingungen und nicht ganz legal in die Betriebe ein, um deren Produktionsbeschränkungen zu umgehen (7). Alles in allem aber sollte die industrielle Produktion auf 50 Prozent des Jahres 1938 zurückgefahren werden. Das erwies sich als nicht immer einfach. Viele Betriebe wurden der Zwangsverwaltung unterstellt. Betroffen waren vor allem die Schlüsselindustrien Kohle, Stahl, Eisen, Holz und Leder (7). Auch die Rheinschiffahrt unterhalb von Karlsruhe war nicht mehr erlaubt, das zweite Bahngleis der Rheintalstrecke wurde abgebaut. Exportbemühungen der Betriebe wurden behindert, die Erzeugerpreise gedrückt. Frankreich erhielt Waren mit einem deutlichen Preisnachlass. Die Demontage war willkürlich und verschlechterte die Versorgungslage erheblich. So wurden bis Ende 1946 Maschinen im Wert von rund 46 Millionen RM entschädigungslos abgeholt. Erst ab 1947 hatten deutsche Behörden ein Mitspracherecht. Die Demontage dauerte aber unverändert bis 1948. Arbeitslosigkeit war die Folge. Die Demontage der Aluminiumwerke in Wutöschingen machte 500 Menschen arbeitslos (7). Da die Demontage nicht nur Frankreich entschädigen, sondern auch die internationale Konkurrenzfähigkeit der südbadischen Unternehmen schwächen sollte, sah Wirtschaftsminister Lais die Industrie „bis aufs Hemd ausgezogen“. Die Südbadener spürten es täglich beim Einkauf. Butter, Rahm, Fleisch und Wein fanden den Weg zur französischen Besatzung. Achtzig Prozent der Bevölkerung waren unterernährt, die Sterblichkeit der Kinder unter einem Jahr von fünf auf fast zwanzig Prozent gestiegen. Ein Drittel der Belegschaft fehlte den Betrieben bei der Arbeit. Diese fehlende Arbeiterschaft war unterwegs um Lebensmittel zu hamstern. Die Verschlechterung der Ernährungslage belastete die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland erheblich (7). Zwar verpflichtete sich Frankreich in Anbetracht des Hungerwinters 1946/47 und der darauffolgenden Dürre aus der Besatzungszone keine Lebensmittel mehr zu exportieren, aber weil auch Frankreich unterversorgt war, wurde dieses Versprechen erst mit der Währungsreform 1948 umgesetzt (3). Währungsreform und Marshallplan führten ab Mitte 1948 zur langsamen Besserung der Wirtschafts- und Ernährungslage im Land Baden.

Ein weiterer Belastungsfaktor im Verhältnis zu den Franzosen war das Verfahren zur Entnazifizierung in Südbaden. Eine alliierte Zusammenarbeit bei deren Aufarbeitung gab es eigentlich nur von November 1945 bis Oktober 1946 anlässlich der Nürnberger Prozesse. Während die Amerikaner eine harte Entnazifizierung anstrebten, waren für Briten und Franzosen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihrer Besatzungszonen entscheidend (42). Anfangs waren die Siegermächte allein für die Durchführung der Entnazifizierung verantwortlich. Im Südteil Badens wurden drei Viertel der Bürgermeister auf Grundlage der Zugehörigkeit zur NSDAP ausgetauscht. Die Landräte wurden verhaftet und durch sogenannte Unbelastete ersetzt. Waren die Führungseliten auch zügig ausgetauscht worden, erfolgten die Neubesetzungen wenig kritisch. Die eingesetzten Verwaltungsfachleute waren

teilweise eben auch ehemalige Nazis (28). Nur drei von achtzehn Neubesetzungen in Südbaden waren Antifaschisten zuzuordnen. Die Franzosen erkannten, dass eine erfolgreiche und dauerhafte Entnazifizierung nur unter Einbeziehung der deutschen Bevölkerung möglich war. Schon Ende 1945 stützten sie sich daher in den Untersuchungsausschüssen auf Kreiskommissionen und zentrale Säuberungskommissionen auf Landesebene. Mitglieder sollten Personen sein, die als Opfer des Nationalsozialismus anzusehen waren. Beide Ausschüsse standen unter genauer Kontrolle der Franzosen (28). Die Bestrafungen sollten von Geldbußen bis zu einem lebenslänglichen Berufsverbot reichen. Die Arbeit dieser Ausschüsse litt unter den zu knappen zeitlichen Vorgaben durch die Franzosen. Dadurch wurden nicht nur Nazis in leitender Position erfasst, nein, Unternehmer, Landwirte, Handwerker, Hilfsarbeiter, ja selbst Mitglieder der Ausschüsse waren plötzlich Opfer der Säuberung. Den Entscheidungen fehlte die Transparenz. Das entsprach nicht mehr dem Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung. Die politischen Parteien zogen sich aus den Ausschüssen zurück, etliche Ausschüsse lösten sich auf. Man wollte altem Unrecht kein neues hinzufügen (42). Anfang 1947 gab die französische Militärregierung dieses Entnazifizierungsverfahren auf. Ersetzt wurde es durch das Spruchkammerverfahren, das in der amerikanischen Zone Anwendung fand. Es orientierte sich am Ausmaß der individuellen Schuld. Dabei fielen ab 1919 Geborene und NSDAP-Mitglieder ohne Amt unter eine Amnestie. Auch dieses Verfahren scheiterte weitgehend. Qualifiziertes Personal war wegen der Verfahren bis 1947 nicht mehr zu finden. Partei- und Gewerkschaftsvertreter, aber auch Juristen wollten sich nicht mehr der öffentlichen Kritik aussetzen. Selbst bei schwer belasteten Personen häuften sich milde Urteile oder man unterstützte langwierige Revisionsverfahren. So wurden in der französischen Besatzungszone mehr als die Hälfte der Verfahren eingestellt, knapp eintausend Personen schuldig gesprochen, deutlich mehr aus der öffentlichen Verwaltung als aus der Wirtschaft (28). Aber auch den aus dem öffentlichen Dienst Verdrängten wurde im Grundgesetz der Bundesrepublik von 1949 die Möglichkeit gegeben, in die Normalität zurückzufinden. Die in Baden angewandten Verfahren haben nicht verhindern können, dass sich der Großteil der Bevölkerung als verführte Opfer des Nationalsozialismus empfanden.

Auch der damalige Waldshuter Bürgermeister Hermann Dietsche sah die Entnazifizierungsverfahren schon 1946 als nicht gerecht und unsachlich an. Der überwiegende Teil der Bevölkerung seien Nazigegner, das deutsche Volk in seiner Mehrheit Opfer und nicht Täter gewesen (44). Diese gegenüber den Franzosen geäußerte Meinung stützte sich auf Einstellungen konservativer Parteien und der Kirchen. Die evangelische Kirche hatte sich schon frühzeitig zu einer Art Anführer des Aufbegehrens gegen die politische Säuberung gemacht. Kardinal Faulhaber bezeichnete bereits 1945 die durch die Säuberung beruflich Entlassenen als „Ausgestoßenen, die zur Mitarbeit am Aufbau einer neuen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, auch der Friedensordnung fähig und willig wären“. Sie würden dem Nihilismus zugetrieben, wie es bereits zu erkennen sei (42). In Waldshut wurde von den Franzosen nur eine überschaubare Anzahl Personen aus der Stadtverwaltung entfernt. Aber die Abgaben, die hohe Zahl der Beschlagnahmungen und die ständigen Überprüfungen belasteten die Waldshuter und ihr Verhältnis zu den Besatzern schwer (44).

„Die Währungsreform hat den Kapitalmarkt praktisch zum Erliegen gebracht“.

Mit diesem Zitat äußerte sich Wirtschaftsminister Lais im Frühjahr 1949 zu dem Ziel seines Landeshaushalts, Investitionsanreize für Betriebe zu setzen (7). Die Währungsreform von Mitte 1948 war nicht unumstritten, hatte sie doch zu einer Warenhortung beigetragen. Die

Arbeitslosenrate stieg zwar im Land Baden nicht, aber die Preise zogen an (7). Da der Lohnstopp erst Ende 1949 aufgehoben wurde, sank die Kaufkraft. Im Herbst 1948 war es daher zu einer Großdemonstration in Freiburg und zu einem Streik mit einer Protestkundgebung der Lonzaarbeiter auf dem Johannisplatz in Waldshut gekommen (44).

Frankreich stemmte sich lange gegen einen Kompetenzverlust in seiner Besatzungszone. Durch die Einführung der Trizone 1949 im Westen Deutschlands befürchtete es, Lenkungs- und Ordnungsfunktionen, Produktionsverbote und deren Überwachung zu verlieren (7). Frankreich betrieb Planwirtschaft zum eigenen Vorteil. Der Übergang in die Trizone zog sich daher bis 1950 hin. Erdrückend für Südbaden wirkten weiterhin die Besatzungskosten. Bis 1950 waren jährlich rund zwei Drittel der Steuereinnahmen in die Kassen der französischen Militärregierung geflossen (3). Die finanziellen Hilfen aus dem Marshallplan kamen daher im Land Baden weniger der Wirtschaft als der Landwirtschaft und der Sicherung der Ernährung zugute. Die Sorge um die fortlaufenden Zahlungen der Besatzungskosten bewogen die Franzosen, staatliche Bürgschaften für demontierte und notleidende Betriebe zu erschweren. Bis 1950 bestanden diese Probleme fort.

In ihrem ausführlichen und sehr genauen Beitrag zur Industrialisierung Waldshuts weist M. V. Miltenberger auf den Kapitalmangel der Unternehmen hin. Zusätzlich bestand Raumbedarf durch noch beschlagnahmte Immobilien. Die wirtschaftliche Unsicherheit wurde durch die Arbeitsplatzsuche der Heimatvertriebenen verstärkt. Ein sicherer Niederlassungsort war Waldshut für die Industrie noch nicht (38). Da die Rohstoff- und Kohleversorgung sich langsam besserte, stieg die Produktion der Betriebe. In der Folge kam es aber zu einem Mangel in der Elektrizitätsversorgung. Frankreich bestand auf anhaltenden Stromlieferungen. Das Schluchseewerk musste diesen Mangel verwalten. Ende 1949 war der Schluchsee nur noch zu zwanzig Prozent gefüllt (7). Auch die Lonza musste ihre Kalkstickstoffproduktion zurückfahren. Da es zusätzlich bei den Landmaschinenherstellern an Eisen und Stahl mangelte, kam es auch in der Landwirtschaft zu Einbrüchen (7). Im Frühjahr 1950 führte der von Lais angesprochene Finanzierungseingpass zu einem Konjunkturreinbruch mit zahlreichen Arbeitslosen und Kurzarbeitern. Ein Beschäftigungsprogramm mit Gleisbau, Elektrifizierung der Bahn und eine Wohnungsbauförderung sorgten für Erleichterung. Zusätzlich mussten in diesem Jahr über 40 000 Heimatvertriebene in Baden aufgenommen und in Arbeit gebracht werden. Das gelang mit einem nun wieder möglichen Kreditprogramm zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen. Auf diese Weise konnte die Arbeitslosigkeit niedrig gehalten werden (7). 1951 kam es wegen der Energiepolitik erneut zu Spannungen mit den Franzosen. Kohle wurde knapp und die Betriebe mussten sie sich leihen oder zu übersteuerten Preisen auf dem Schwarzmarkt besorgen. Wirtschaftsminister Lais versuchte vergeblich, über Ludwig Erhard auf die französische Kohleverwaltung einzuwirken. Darunter litt besonders die Konsumgüterindustrie, die wegen des Wachstums der Investitionsgüterindustrie um ihre Versorgung besorgt war. Die Importpreise stiegen und wegen eines deutlichen Handelsdefizits wurde der Außenhandel reglementiert. Textil- und chemische Industrie stagnierten, die Tabakindustrie hatte zu kämpfen. Die Holzindustrie musste sich mit Schwarzmarktverkauf über Wasser halten (7). Auch 1952 hatte die Konsumgüterindustrie sich noch nicht wieder erholt. Dafür aber war der Schluchsee wieder annähernd gefüllt und die Stromversorgung besser. Prekär blieb die Kohleversorgung, die Rohstoffe blieben knapp. Zum Zeitpunkt der Abstimmung über den Südweststaat litt das Land Baden immer noch unter den finanziellen Belastungen und der strengen Überwachung durch die Militärverwaltung stärker als die Länder Württemberg-Baden und Württemberg-

Hohenzollern, die beide Befürworter eines Südweststaates waren. Im Vergleich zum Bundesgebiet stand das Land Baden aber gut da. Bei mehr geleisteten Arbeitsstunden lag die Zahl der Beschäftigten höher, der Auslandsumsatz war besser, allerdings war auch der Verbrauch der knappen Güter Kohle und Strom schneller gestiegen (7).

„Baden soll leben, und wir wollen leben in Baden. Badnerland, Heimatland“ (3).

Dieses Zitat aus dem Abstimmungskampf 1951 zur die Gründung des Südweststaates gibt die Stimmung in (Süd)baden wieder. Gut 62 Prozent der Bevölkerung stimmten hier gegen den gemeinsamen Staat, im Landkreis Waldshut waren es etwas mehr (30). In den anderen Ländern sprach sich eine Mehrheit von 70 Prozent für den Zusammenschluss aus. Fragt man nach den Ursachen für die Ablehnung, muss das Identitätsbewusstsein der Menschen in Baden berücksichtigt werden. Es hatte eine Wurzel in der Vergangenheit, eine in der Gegenwart und eine, die auf die Zukunft ausgerichtet war. Die der Vergangenheit fußte auf historischen Gegebenheiten im 19. Jahrhundert. Baden hatte damals eine fortschrittliche liberale Verfassung, eine Rechtsstaatlichkeit, die in die Zeit Napoleons zurückreichte und einen revolutionären Einsatz für eine republikanische Entwicklung erlebt, die alle nicht vergessen waren. Dass württembergische Truppen bei der Niederschlagung dieser Bewegung beteiligt waren, wirkte nach. Im 19. Jahrhundert war Baden das „Musterländle“ gewesen. Der Erste Weltkrieg und die Weimarer Zeit änderten das zugunsten Württembergs. Unmittelbar vor Hitlers Machtergreifung hatte Württemberg 5 Prozent Arbeitslose, Baden dagegen 7,6 Prozent (8). Nach dem 2. Weltkrieg hatten die Besatzungsmächte die Länder willkürlich und ohne Berücksichtigung der historisch gewachsenen Einheit aufgeteilt. Dabei litt die französische viel stärker unter den wirtschaftlichen Auflagen als die amerikanische Zone. Die Amerikaner waren einer Neugliederung der südwestlichen Länder gegenüber stärker aufgeschlossen als die Franzosen. Aber auch Baden und Württemberg hatten ursprünglich ein großes Interesse an der Wahrung ihrer staatlichen Einheit gehabt (3). Als der Bund im Mai 1951 das Erste Gesetz zur Neugliederung der drei Südwestländer verkündete und die Landtage damit nicht mehr wählbar waren, fühlte sich (Süd)Baden übergangen und gab die Schuld den Schwaben. Der Abstimmungsmodus zur Gründung des Südweststaates verletzte das Rechtsgefühl der Badener tief, sie sahen sich um ihre Selbstbestimmung betrogen (3). Umso stärker wurde, unterstützt von Traditionsvereinen und der katholischen Kirche, der badische Patriotismus gepflegt, was bis heute nachwirkt. Viele Menschen im Südwesten wollten aber einen Neuanfang und wirtschaftlichen Aufschwung. Ihnen fehlte das Verständnis für einen Kampf um einen südbadischen Staat, für den der Begriff der Heimat im Vordergrund stand. Ein solcher Heimatgedanke findet sich auch in einem Rundbrief von Symphor Schwarz, Kreisvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Badener in Waldshut. Er datiert vom 18. Dezember 1951. Darin lobt Schwarz die Heimatverbundenheit der Landbevölkerung in Zusammenhang mit der Wahl: „Der einfache Mensch des Landes hat infolge seiner Unkompliziertheit ein logischeres Denken als viele Zeitgenossen der sogen. Oberschicht“ (15). Die wirtschaftspolitischen Argumente aber wogen stärker (3). 1952 war der Südweststaat Realität. Zukünftiges Ziel blieb für das überstimmte Baden, die Abstimmung für ungültig zu erklären. Baden forderte Selbstbestimmung, gleichberechtigte zwischenstaatliche Verhandlungen und die Wahrung badischer Interessen (3). Tief saß die Sorge vor einer Übermacht der Württemberger und der daraus erwachsenden Benachteiligung Badens. Der umstrittene Bürgermeister von Ühlingen Erwin Probst formulierte nach dem Tod Wohlebs seine Sorge vor dem württembergischen Einfluss mit den Worten: „Aus ist es mit unserer badischen Gemütlichkeit. Nur noch messen,

wiegen, zählen...“ (55). Dieser Zwiespalt sollte die kommende Jahre und das juristische Vorgehen Badens bis 1970 prägen.

„In der Tat erscheint eindrucksvoll, mit welcher Selbstverständlichkeit den Flüchtlingen Unterstützung zukam“ (11).

Mit diesen Worten weist I. Donnhauser auf die Hilfsbereitschaft hin, die von der Waldshuter Bevölkerung den Flüchtlingen in den Nachkriegsjahren entgegengebracht wurde. Die Flüchtlingswelle erreichte Südbaden und Waldshut verzögert. Die Franzosen, nicht beteiligt an der Potsdamer Konferenz und deren Beschlüssen, weigerten sich zunächst, einen Beitrag zur Lösung des Flüchtlingsproblems zu leisten. Südbaden geriet daher zu Unrecht in den Ruf, flüchtlingsunfreundlich zu sein (62). Von den rund zwölf Millionen Heimatvertriebenen kamen acht Millionen in die Bundesrepublik, davon bis 1950 gut elf Prozent nach Baden und Württemberg. Während Nordwürttemberg mit 18 Prozent seiner Bevölkerung den höchsten Anteil aufnahm, waren es in Südbaden nur 7,3 Prozent (62). Die Verteilung der Flüchtlinge beeinflusste nicht nur die Abstimmung über den Südweststaat, die Neubürger bevorzugten den Zusammenschluss, nein, sie begünstigte auch den wirtschaftlichen Aufschwung. In keiner Kommune des Landkreises Waldshut waren mehr als 15 Prozent der Bevölkerung Heimatvertriebene, meistens waren es unter 10 Prozent (62). Die meisten Heimatvertriebenen kamen aus der Tschechoslowakei und Polen, fast alle unter 65 Jahre alt, mehr Frauen als Männer und fast doppelt so viele Katholiken wie Mitglieder der evangelischen Kirche (62). Eines der größten Probleme war der Mangel an Wohnungen. Vielen Vertriebenen standen nur Notunterkünfte zur Verfügung, viele Menschen auf engem Raum mit unzureichender Hygieneausstattung und fehlenden Kochmöglichkeiten. Ihre Arbeitslosenrate lag bei acht Prozent. Arbeit fanden sie anfänglich vor allem in der Land- und Forstwirtschaft. Auch in Waldshut zeigte sich schon frühzeitig der Mangel an Wohnraum. Hatte doch ein Jahr nach Kriegsende das französische Militär 200 von 1700 Waldshuter Wohnungen beschlagnahmt (11). 1947 wurde eine Flüchtlingskommission aktiv, die trotz der Engpässe an Lebensmitteln und Schlafmöglichkeiten in der Stadt die Bevölkerung zur Hilfe motivieren konnte. Im Lonzawerk wurde ein Kreisumsiedlungslager geschaffen, in dem die Vertriebenen notdürftig Unterschlupf fanden. Auch das Krankenhaus wurde in die Versorgung der Vertriebenen eingebunden. Persönlich sehr aktiv war die Waldshuterin Anni Beuttel, die bei der Regierung in Freiburg und auch in der benachbarten Schweiz um Lebensmittelpenden warb (11). In der Waldshuter Gaststätte „Meerfräulein“ wurde eine Suppenküche eingerichtet, die Heinrich Seyfried sehr am Herzen lag (11). Neben Bürgern, Schülern und Vereinen waren auch Caritas und evangelisches Hilfswerk um die Neuankömmlinge bemüht. 1949 kam eine größere Zahl arbeitsloser Flüchtlinge aus dem Norden Deutschlands nach Südbaden. Viele fanden als Bauarbeiter bei den Schluchseekraftwerken eine Lebensgrundlage. Der stärkste Zuzug der Vertriebenen setzte 1950 ein. 1955 waren rund 1800 Neubürger in Waldshut sesshaft. Das war nur durch die Bereitstellung von Arbeitsplätzen in Schweizer Firmen auf deutscher Seite und der Neuschaffung von Wohnraum durch Gewerkschaften, Baugenossenschaften und den Vinzentiusverein zu bewältigen (11).

Von den fünfziger in die siebziger Jahre: Die Wende von der Armut des Volkes zur Armut des Einzelnen (4).

Weltwirtschaftskrise, Kriegsjahre und die Folgen des verlorenen Krieges hatten zu einer kollektiven Armut geführt, die gesellschaftlich weitgehend diskussionsarm ertragen wurde. Neben den Heimatvertriebenen und Ausgebombten waren es die Witwen, Waisen und Kriegsversehrten, die am härtesten betroffen waren (32). Nun aber begann in Europa eine

Zeit friedlicher wirtschaftlicher Stabilität. Europa wurde zu einer schnell wachsenden Wirtschaftsregion, soziale Gleichheit eines ihrer Ziele. Der Umschwung setzte in der BRD mit der Währungsreform 1948 ein. Dazu kamen die Hilfen aus dem Marshallplan. Steuergesetze begünstigten die Unternehmen. Dadurch sollten sich die Beschäftigungslage und die Einkommen verbessern. Wohlfahrtsstaat, Bildungspolitik, Wohnungsbau und Gesundheitspolitik standen im Zentrum (32). Dass Wirtschaftswachstum zur sozialen Gleichheit beitragen konnte, war eine neue Erfahrung. Bisher hatte die zunehmende Industrialisierung die Ungleichheit gefördert. Dagegen waren Krieg und Not mit einer Abnahme der sozialen Ungleichheit verbunden gewesen (25). Die Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftssteuer, die staatliche Förderung der Vermögensbildung, die Zunahme der Haus- und Wohnungsbesitzer, die wachsende Zahl von Bausparverträgen und Lebensversicherungen sowie ein steigendes Einkommen trugen zur Verminderung der Vermögensunterschiede bei. Aber auch die Förderung der Bildung wirkte sich aus. Es gab mehr Hochschulabsolventen. Die Bildungschancen stiegen, vom Kindergartenbesuch angefangen. Der Wohlfahrtsstaat wurde in den folgenden zwanzig Jahren ausgebaut. Die Sozialausgaben stiegen von 14 Prozent 1950 auf 22 Prozent des Sozialprodukts 1970. Die Renten erhöhten sich, die Arbeitslosenversicherung wurde ausgebaut (25). Nicht nur die Mittelklasse, sondern auch die unteren Einkommen profitierten von diesen Reformen. Was sich nicht änderte waren die Einkommensunterschiede zwischen Männer und Frauen. Auch die sozialen Aufstiegsmöglichkeiten verbesserten sich kaum. Die gesellschaftlichen Eliten öffneten sich nur zaghaf. Geheiratet wurde im sozial gleichgestellten Umfeld. Altersarmut blieb in diesen Jahren ein gesellschaftliches Problem, bei Frauen stärker als bei Männern. Trotz zunehmenden Einflusses der Gewerkschaften boten die Arbeitsverträge Unsicherheiten, und die gesundheitlichen Risiken an vielen Arbeitsplätzen waren immer noch groß. Unverändert litten die unteren Einkommensgruppen an den finanziellen Belastungen für den Wohnraum. Preiswerter Wohnraum war trotz staatlicher und genossenschaftlicher Wohnbauaktivität immer noch knapp. Verstärkt wurde das Problem durch Wegzug vom Land in die Städte. Ziel für die Wohnungssuchenden war es, eine hygienisch einwandfreie und moderne Wohnung zu mieten und diese mit Kühlschrank, Waschmaschine, Telefon und Fernsehgerät auszustatten (25).

Der wirtschaftliche Aufschwung und der Lohnanstieg führten zu einer Verbesserung der Gesundheitsversorgung. Die Gesundheitsaufwendungen im Staatshaushalt erhöhten sich. Die Zahl der Ärzte und Krankenschwestern nahm zu. Auch die Ausgaben für Medikamente stiegen. Das führte zu einer Verbesserung der Versorgung in den Krankenhäusern. Deren Zahl erhöhte sich allerdings nicht. Aber die Ungleichversorgung ging zurück, die Säuglingssterblichkeit sank, die Lebenserwartung stieg. Der Wohlfahrtsstaat, die deutliche Steigerung der Realeinkommen, die Ausbildung einer Massenkonsumgesellschaft und die weniger milieugebundene Berichterstattung der neuen Medien führten zwar zu einer weniger ausgeprägten sozialen Schichtung der Gesellschaft, von einer Aufhebung der Trennlinien kann aber nicht gesprochen werden (25). Die Altersarmut der Bauern, der kleinen Selbständigen und der Frauen konnte der Wohlfahrtsstaat in diesen Jahren noch nicht beseitigen. Ein breiteres Bildungsangebot verbesserte den Zugang zu gut bezahlten Berufen nur sehr verzögert. Die gestiegenen Einkommen erlaubten zwar die Anschaffung von Autos und eine gehobene Wohnungseinrichtung, dafür sorgten nun Auto- und Möbelmarken für den sozialen Unterschied. Die Massenkonsumgesellschaft bewirkte eine Vereinheitlichung der Preise. Güter des Alltags wurden billiger. Daran hatten auch die Mehrzahl der Produzenten ein Interesse, wollten sie doch große Teile der Bevölkerung für

ihre Produkte gewinnen. Wer sich abheben wollte, verzichtete bewusst auf ein solches Angebot. Es gilt als sicher, dass der Abbau gesellschaftlicher Unterschiede durch den vorausgegangenen Krieg, die Besatzung und die allgemeine Not bereits eingeleitet worden war (25). So zählten sich in den Fünfziger- bis Siebzigerjahren 40 bis 50 Prozent der Westdeutschen der Mittelschicht zu, in der Weimarer Republik waren es nur 25 bis 30 Prozent gewesen (25). Durch Wohlfahrtsstaat und hohe Spitzensteuersätze, durch Bildungs- und Gesundheitsinvestitionen war die Unterschicht geschrumpft, aber mit rund fünfzig Prozent immer noch hoch (25). In diesen Jahren war es der Staat, der durch Einfluss auf die Medien, vorwiegend Rundfunk und Fernsehen, alle Schichten der Bevölkerung erreichen wollte. Unterhaltungsprogramme ersetzten milieu-gebundene Beiträge. Boulevardblätter verdrängten Lokalzeitungen und politisch oder religiös ausgerichtete Schriften, die spezielle Bürgergruppen angesprochen hatten.

Auch der neu gegründete Südweststaat profitierte von dem beschleunigten wirtschaftlichen Aufschwung. Die Wachstumsraten betragen in den Fünfzigerjahren knapp zehn Prozent. Die Wirtschaft gewann mit den Heimatvertriebenen und heimkehrenden Soldaten gut ausgebildete Arbeitskräfte, die sich schnell integrieren ließen. Im Vordergrund stand die Befriedigung der inländischen Nachfrage, exportiert wurden anfangs nur 7 Prozent, zehn Jahre später 17 Prozent der Waren (14). Bei nur geringer Inflationsrate sank die Arbeitslosigkeit von vier auf 0,3 Prozent. Das produzierende Gewerbe war dafür stärker verantwortlich als der Dienstleistungssektor. Dagegen verlor die Landwirtschaft Arbeitsplätze. In den Sechzigerjahren stieg die Inflation, der Arbeitsmarkt blieb angespannt. Die Investitionsrate sank. 1967 stagnierte die Wirtschaft. Ein Stabilitätsgesetz und die Ankurbelung der Nachfrage fingen diese Krise auf. In Baden-Württemberg kam es zu einem stetigen Anstieg der Exporte, Ende der Dekade machten sie zwanzig Prozent aus. So konnte die Arbeitslosigkeit trotz kurzzeitiger Krise unter ein Prozent gehalten werden. Unterstützend wirkte das nun aufkommende Wachstum im Dienstleistungssektor (14).

Die Dynamik des Wiederaufbaus nach dem verlorenen Krieg hatte die anfängliche kollektive Armut zu keinem gesellschaftlichen Disput werden lassen. In den Anfangsjahren hatten Witwen, Waisen, Kriegsversehrte, Ausgebombte, Flüchtlinge und Vertriebene am stärksten zu leiden gehabt (32). Das Soforthilfegesetz von 1949 und das Lastenausgleichsgesetz von 1952 hatten versucht, die materiellen Folgen von Krieg und Vertreibung anzugehen. Ansprüche hatten neun Millionen Vertriebene und Flüchtlinge, zweieinhalb Millionen Evakuierte und acht Millionen Kriegssachgeschädigte. Jede vierte Wohnung lag in Trümmern. Insgesamt hatte jeder Dritte Ansprüche an einen Lastenausgleich. Für einen Teil der Entschädigung mussten diejenigen aufkommen, deren Vermögen erhalten geblieben war. Das Geld sollte für Wirtschaftswachstum, Renten, Wohnungsbau, Hausratersatz und Arbeitsbeschaffung der Anspruchsberechtigten eingesetzt werden. Auch die Eingliederung der Heimatvertriebenen wurde finanziell gefördert. Die kollektive Armut des Volkes war befriedigend gelöst, die Rentner durch Dynamisierung ihrer Renten am wachsenden Wohlstand beteiligt (32). Weniger im Blickpunkt standen nicht kriegsgeschädigte Arbeitslose, kinderreiche Familien und notleidende Alte. Materielle Armut wurde zunehmend nur noch bei wenigen sozialen Randgruppen gesehen. Das Bundessozialhilfegesetz von 1962 ging davon aus, dass bei wachsendem Wohlstand immer weniger Menschen auf Fürsorgeleistungen angewiesen sein würden und wenn überhaupt, dann nur vorübergehend. Demgemäß waren die Sozialleistungen so bemessen, dass Eigenbemühungen und die Aufnahme zumutbarer Arbeit angestrebt wurden. Geling das nicht, sah man die Schuld dafür gerne bei den Betroffenen selbst.

„Schwooba schaffed, Baderner denkad“ (3).

Das Zerwürfnis um die Landesgründung begleitete den wirtschaftlichen Aufschwung in Baden-Württemberg. Das einleitende Zitat beschreibt die badische Polemik dieser Zeit. Zu Beginn der Landesgründung waren Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Handwerk im Südweststaat dem Bund gegenüber noch Übergewichtet. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft ging aber schnell zurück. Die Industrie wuchs bis 1970 und übertraf in der Wertschöpfung deutlich den Dienstleistungssektor, der zunächst stagnierte (59). Das Gefühl der Benachteiligung blieb den Südbadenern erhalten. Immer wieder erhob sich der Vorwurf, die Landesregierung bevorzuge den württembergischen Landesteil, vor allem den mittleren Neckarraum (3). Der Ausbau des Neckarkanals und die Bodenseewasserversorgung des Großraum Stuttgart wurden kritisiert. Darunter hätten die Elektrifizierung der Schwarzwaldbahn und die Schiffbarmachung des Hochrheins zu leiden, lautete der badische Vorwurf (3). Einen objektivierbaren Hintergrund hatten die Vorwürfe nicht. Die Städte Kehl, Breisach und Neuenburg wurden wiederaufgebaut, die Bahnlinie Mannheim-Basel elektrifiziert, die Autobahn Karlsruhe-Basel ausgebaut und die Zerstörungen an der Universität Freiburg beseitigt. Vor der Waldshuter Haustüre wurde viel Geld in das Hotzenwaldprogramm gesteckt (3). M. V. Miltenberger berichtet von zahlreichen Anfragen der Industrie auf Niederlassung in Waldshut, was zum Aufbau des Gewerbegebietes in der Schmittenuau beitrug (38). Waldshut erhoffte sich eine Schiffbarmachung des Hochrheins mit einer Hafenanlage in Höhe der Schmittenuau. Die Stadt zeigte Interesse an Firmen des Maschinenbaus, der Lebensmittel-, Textil-, Elektromechanik- und der pharmazeutischen Industrie. Um ihre Absichten realisieren zu können, trat sie einer Planungsgemeinschaft mit Säckingen und Lörrach bei (38). Aber ein Hindernis tat sich auf. Die Zahl der Grenzgänger nahm bereits in den Fünfzigerjahren zu. Die besseren Verdienstmöglichkeiten jenseits der Grenze belasteten den Arbeitsmarkt (38). Trotzdem galt 10 Jahre später Waldshut als der wirtschaftliche Schwerpunkt am Hochrhein (38). M. V. Miltenberger widmet den mit dem industriellen Aufschwung verbundenen städtischen Problemen einen besonderen Abschnitt (38). Raummangel, innerstädtische Engpässe durch Fabriken, Umweltverschmutzung, besonders durch die Lonza, Bodenbelastung und Abwasserprobleme stellten für Waldshut bedrückende Alltagsorgen dar. Letztlich war es eine glückliche Wendung, dass die Stadt sich in den Sechzigerjahren stärker in Richtung Verwaltungsstadt mit einer Infrastruktur für ihre Bürger entwickelte. Das Krankenhaus wurde mit staatlicher Unterstützung aufgestockt, weiterführende Schulen gebaut. Die Zahl der Arbeiter nahm ab, mehr Beamte und Angestellte lebten nun in Waldshut. Voraussetzung war die Bereitstellung von ausreichendem Wohnraum. Die Stadt selbst war finanziell nicht in der Lage, ausreichend Wohnraum zu erstellen. Obwohl Anfang der Fünfzigerjahre Bauten im Gurtweiler Tal, auf dem Aarberg, in der Liedermatte und im Schmitzinger Tal erstellt worden waren, stellten die annähernd 1800 Heimatvertriebenen immer wieder eine Herausforderung für die Wohnraumbeschaffung dar. Auf Behelfsunterkünften konnte noch nicht verzichtet werden. Das gelang erst in den Sechzigerjahren, als der Stadt im Rahmen des allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs ausreichend staatliche Gelder zuflossen (37).

„Kleines Einkommen-weite Wege“ (36).

Mit dieser Überschrift kennzeichnet A. Mickel die Situation der Menschen auf dem Hotzenwald in den Sechzigerjahren. Die Region liegt vor den Toren Waldshuts und galt zu Beginn der Fünfzigerjahre als Notstandsgebiet. Ein von Armut geprägtes Notstandsgebiet war den Bürgern des Wirtschaftswunderlandes schwer zu vermitteln. Man sprach daher lieber von Rückständigkeit und Strukturschwäche. Die Chancenungleichheit erwuchs aus

mangelhafter Infrastruktur wie moderne Straßen, Bildungseinrichtungen und Arbeitsstätten. Dieser Mangel schränkte die Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen ein und verminderte ihr Einkommen. Fehlender Zugang zur Erwerbsarbeit erhöhte das Armutsrisiko (18). Arbeit gab es in der Landwirtschaft schon, aber es war in den meisten Fällen keine Erwerbsarbeit. Die mitarbeitenden Familienangehörigen erhielten ja keinen Lohn. Das wiederum begünstigte die Abwanderung vom Land. Diese Notlage bewog die Landesregierung 1953 das Hotzenwald-Notstandsprogramm aufzulegen. Dreiundvierzig Gemeinden erhielten beträchtliche Summen aus dem Landeshaushalt. Für den damit verbundenen Aufschwung sorgte auch die Beendigung der Realteilung und die Flurbereinigung. Die Maßnahmen beseitigten die zu kleinen und unwirtschaftlichen Landparzellen. Der Ausbau der noch geschotterten Straßen, die Bereitstellung einer modernen Wasser- und Stromversorgung und der Aufbau zeitgemäßer Schulen waren nun möglich (19). Dadurch wurde die Ansiedlung gewerblicher Betriebe mit neuen Arbeitsplätzen eingeleitet. Landwirte wurden zu Nebenerwerbslandwirten. Viele Arbeitsplätze wurden durch den Baubeginn des Wasserspeichers Hornberg geschaffen. Mit dem Hotzenwaldprogramm war ein großer Schritt getan, die Bevölkerung der Dörfer den zeitgemäßen Verhaltensmustern und gesellschaftlichen Werten zuzuführen. Abwertende Urteile wie Rückständigkeit und bäuerliche Mentalität für die Region verloren an Bedeutung (18).

„Ich bin erst 33 Jahre habe die 5 Kinder und es fehlt so sehr am Geld. Wenn man sich doch einmal so richtig satt essen könnte“ (34).

Diese Worte sind einem Brief der Freiburgerin Helene M. entnommen, den sie 1958 an den damaligen Bundespräsidenten Heuss geschrieben hat. Wegen der Anschaffung eines Radios hatte sie sich verschuldet (34). Warum musste sie sich an den Bundespräsidenten wenden?

In der Nachkriegszeit besann man sich auf die Fürsorgegesetze der Weimarer Zeit. 1924 war in der Reichsfürsorgeverordnung das Subsidiaritätsprinzip gesetzlich verankert worden. Damit besaß Selbsthilfe Priorität. War diese nicht möglich, sollten Organisationen vor Ort helfen. Die freie Wohlfahrtspflege hatte Vorrang vor staatlicher Hilfe. Caritas, Diakonie und Arbeiterwohlfahrt als Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege erhielten Mitsprache- und Anhörungsrechte sowie staatliche Zuschüsse für ihre Arbeit (34). Der Vorrang der freien Wohlfahrtspflege wurde im Bundessozialhilfegesetz von 1961/62 erneuert und änderte sich bis nach der Wiedervereinigung nicht.

In den Fünfziger- und Sechzigerjahren war Freiburg eine Handels-, Touristen- und Universitätsstadt mit 30 Prozent Arbeitern, annähernd 50 Prozent Angestellten und fast 15 Prozent Beamten. Der Dienstleistungscharakter der Stadt hatte zu einem unterdurchschnittlichen Arbeiteranteil beigetragen (34). Der Mangel an Industrie förderte die Finanznot der Stadt. Die Verwaltungs- und Personalkosten standen im Haushalt an der Spitze, gefolgt von den Ausgaben für Sozialleistungen. Dazu wuchs die Stadt schnell, in zwanzig Jahren um 50 000 Einwohner. Bis 1970 war die Stadt überaltert, die Zahl der Erwerbstätigen gering. 1970 betrug ihre Quote etwa vierzig Prozent, deutlich weniger als der Durchschnitt in Baden-Württemberg (34). Auch aus Kostengründen setzte Freiburg auf die Überlassung sozialer Aufgaben an die freie Wohlfahrtspflege und an die Vereine. Ein vergleichbares Bild fand sich in Waldshut. Der politische Gestaltungsspielraum im Gemeinderat und Sozialausschuss nahm ab. Der Umgang mit „unwürdigen“ Armen orientierte sich an der Vergangenheit. Polizei und Gerichte wurden bei der Überwachung von Obdachlosen und unbeliebten Migranten bemüht. Zu den „unwürdigen“ Armen wurden Menschen gezählt, die nicht arbeiteten, obwohl dazu fähig. In dieser Zeit wurden auch noch

psychisch Kranke dazu gezählt (34). Rechtlich begründbare Ansprüche wurden von moralischen Urteilen überlagert. Von Armut sprach man in den Wirtschaftswunderjahren nur ungern. Man sprach von Hilfsbedürftigkeit und Notlage. Definiert wurden diese Begriffe über den Faktor Arbeit. Hilfsbedürftig war, wer seinen Lebensunterhalt nicht durch eigene Arbeit bestreiten konnte und keinen Anspruch auf Sozialleistung hatte. Auch sollte es ihm nicht möglich sein, jemand anders um Hilfe zu bitten (34). Es war ein weiter und hindernisreicher Weg, bei einer örtlichen Behörde um Unterstützung zu bitten. Die Fürsorgemitarbeiter der Stadt orientierten sich an der materiellen Lage der Bedürftigen, an deren Arbeitsfähigkeit, teilweise aber auch an der Einstellung des Bedürftigen zu traditionellen moralischen Werten (34). Das erinnerte an die Sozialdisziplinierung früherer Jahrzehnte. Helene M. mit 33 Jahren Mutter von fünf Kindern, hatte den moralischen Vorstellungen der Freiburger Behörde nicht entsprochen.

Eine zweite Gruppe von Menschen, die die Sozialeinrichtungen beschäftigte, waren die Alten in Freiburg. Ähnlich wie die Armen waren auch sie in althergebrachte Vorstellungen eingebunden. Da alte Menschen als nicht mehr arbeitsfähig galten, wurden sie als armutsgefährdet angesehen. Bis zur Rentenreform 1957 wurde ihre Hilfsbedürftigkeit als finanziell begründet eingestuft. Darüber hinaus wurde ihnen ein körperlicher und geistiger Abbau zugeschrieben. Man befürchtete durch die zu erwartende Pflegebedürftigkeit Belastungen für die öffentlichen Kassen. Auch Einsamkeit wurde thematisiert und moralisierend den geänderten Familienstrukturen zugerechnet. Früher wären die Alten noch „im Schoß ihrer Familien geborgen“ gewesen, hieß es (34). Freiburg erkannte jedoch rechtzeitig die damit verbundenen Wohnungsprobleme als maßgeblich an. Mit Einbeziehung der freien Wohlfahrtsverbände und der städtischen Behörden sollte den betroffenen Familien geholfen werden. Ziel war es, die Alten in die Gesellschaft integriert zu sehen. Die aktiven Rollen, die die Älteren heute ausfüllen, erkannte man in dieser Zeit noch nicht. Die Institutionen begaben sich in eine beschützende Rolle für die Alten. Erst gegen Ende der Fünfzigerjahre wurde man zunehmend auf die Selbstständigkeit der Älteren aufmerksam. Es dauerte noch zehn Jahre bis die Prävention von Altersproblemen in der Sozialgesetzgebung mehr Raum bekam (34).

Vergleichbar lange dauerte die Änderung der Sichtweise, die zwischen „würdigen“ und „unwürdigen“ Armen unterschied. Exemplarisch dafür ist der Umgang mit Sinti und Roma in Freiburg. In den Fünfzigerjahren stand die Absicht, sie abzuschieben, im Vordergrund. Die Zuständigkeiten lagen beim Ordnungsamt, der Polizei und der Rechtsabteilung. Wer als hilfsbedürftig galt, wurde vom Wohlfahrtsamt unterstützt. Bei Stadträten, Bürgern und der Presse überwogen die vorurteilvollen Einstellungen (34). Erst 1963 ging die Zuständigkeit vom Ordnungsamt an das Sozialamt über. Ursache dafür war die Einsicht, dass diese „Zigeuner“ Bürger der Stadt waren und die damit verbundenen sozialen Konsequenzen keine Aufgabe des Ordnungsamtes war. Angeregt wurde dieser Umschwung vom Engagement der katholischen Kirche (34). Nun unterlagen die Roma- und Szintikinder der Schulpflicht und das Arbeitsamt kümmerte sich um die Integration ihrer Eltern in den Arbeitsmarkt. Wieder ging die Kirche voran, das abwertende Bild dieser sogenannten Randgruppe abzubauen und Bürgerinitiativen zu bewegen, helfend zu unterstützen. Studenten, Jugendverbände und Caritas wurden als Erste aktiv. Ihre Arbeit trug Früchte. Das Projekt erlangte einen Modellcharakter in der BRD. Es half, ein Gegenargument zu den zähen Ablehnungstendenzen in der Bevölkerung zu schaffen.

„Neubauten standen in unmittelbarer Nachbarschaft mit bewohnten, menschenunwürdigen Behausungen.“ (37).

M. V. Miltenberger weist mit diesen Worten auf die Meinungsverschiedenheiten in der Waldshuter Bevölkerung hin, als 1960 heruntergekommene Gebäude und Baracken durch „neue Wohnsiedlungen in einfachster Form“ ersetzt werden sollten. Der Wunsch vieler war es aber, die bereitgestellten Gelder für normale Wohngebäude zu verwenden. In welchem Ausmaß Waldshut vom Wirtschaftswunder profitierte, lässt sich an den Daten aus der Chronik der Stadt Waldshut ablesen, wie sie von J. Ruch zusammengestellt wurden (47). An die vierzig kostenaufwendige Baumaßnahmen sind hier allein für die Fünfzigerjahre aufgeführt. Mehr als zwanzig Prozent betrafen Siedlungs- und Wohnungsbau, knapp gefolgt von Maßnahmen für die Infrastruktur, vor allem für die Strom- und Wasserversorgung. Schul- und Kindergartenbau dienten einer verbesserten Bildung, der Ausbau des Krankenhauses der Gesundheit. Auch Kirchenbauten und Kulturdenkmäler wurden erstellt. Diese Investitionen lagen im Rahmen dessen, was landespolitisch wünschenswert war und legten den Grundstein für die Entwicklung der Stadt bis in die heutige Zeit.

Der Grenzverkehr mit der Schweiz entwickelte sich erst nach 1950 vorteilhaft für die Region. Berufspendler fanden Arbeit in der Landwirtschaft und im Gewerbe der grenznahen Schweiz. Die Besucher aus der Schweiz nutzten den Aufenthalt in Waldshut zum Einkauf und Restaurantbesuch (63). Gehobene Lebensmittel waren auf Schweizer Seite preiswerter und im Rahmen des kleinen Grenzverkehrs bei den Waldshutern sehr beliebt. Zum Missfallen des Finanzministeriums gab es erheblichen Widerstand der grenznahen Bevölkerung und Politiker gegen die hohen Zölle. „Kleinmengenkarten“ trugen dazu bei, die Spannungen zwischen Bevölkerung und Landesbehörden zu entschärfen (63). Wesentliche Erleichterungen im Grenzverkehr brachte ein deutsch-schweizerisches Abkommen 1956.

Gegenüber den aufblühenden Industriezentren im Norden des Bundeslandes war die Region um Waldshut in der Industrieentwicklung rückständig. Industrieansiedlungen im Hinterland waren wegen der prekären Verkehrsanbindung nicht attraktiv. Textilindustrie, chemische Betriebe, angezogen durch die Energiebereitstellung der Wasserkraftwerke, metallherstellende und -verarbeitende Firmen siedelten im Tal. Um die Nachteile in der Verkehrsinfrastruktur zu mindern, hatte Waldshut auf die Schiffbarmachung des Hochrheins gehofft. Die am Rhein gelegenen größeren Industrieunternehmen versprachen sich davon eine Reduktion der Frachtkosten. Andere Unternehmen favorisierten schon damals eine Elektrifizierung des Schienenverkehrs und einen Ausbau der Straßen. Im Waldshuter Umfeld waren zu Beginn der Fünfzigerjahre noch gut ein Drittel der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Von den in der Industrie Beschäftigten, ein Drittel kam aus Waldshut, arbeiteten gut dreißig Prozent in der Textilindustrie (54). Holzindustrie und die auf Holz angewiesene Papierherstellung schufen für Waldshuter zusätzliche Arbeitsplätze.

Das drängendste Sozialproblem für Waldshut blieb in diesen Jahren die Integration der Heimatvertriebenen. Waldshut hatte um 1955 rund 9000 Einwohner, nach Angaben von J. Ruch waren es 10300. Versorgt werden mussten 1800 neu in die Stadt gekommene Menschen, die meisten erst nach 1950. Knapper Wohnraum blieb das größte Problem (11). Unter den Neuankömmlingen überwog die Altersgruppe der bis 45-Jährigen. Es kamen mehr Frauen als Männer. Im Gegensatz zu Baden-Württemberg, hier überwog der Anteil der Katholiken mit knapp zwei Drittel, war in Waldshut der überwiegende Anteil der Ankommenden evangelischen Glaubens (11, 62). Finanziell war die Versorgung der Ankommenden nur mit Hilfe der Fürsorgeleistungen des Landes möglich. 1952/53 musste das Land dafür knapp 125 Millionen DM bereitstellen (62). Zwar wurde in der Altersstruktur

der Heimatvertriebenen eine Stärkung der Wirtschaft gesehen, aber man sprach in Bezug auf die Eigentumsverhältnisse der Vertriebenen von einer „sozialen Deklassierung“, die anzugehen sei, auch wenn der Lebensstandard der gesamten Bevölkerung dadurch gesenkt würde (18). Diese Einstellung der Landesregierung ist zeitspezifisch und für die Folgejahrzehnte nicht mehr denkbar. Dass die Höhe der Unterstützung der Heimatvertriebenen von einem Großteil der Bevölkerung zwiespältig gesehen wurde, ist nicht nur für Waldshut typisch.

War die Einstellung der Landesregierung solidarisch oder nur opportun? Waren doch die Alliierten von Anfang an bestrebt, Rückkehrforderungen der Vertriebenen zu vermeiden und eine gleichberechtigte Eingliederung zu gewährleisten. Ihre Forderung an die Behörden war, aktiv gegen Diskriminierung vorzugehen (17). Auch die 1950 in Stuttgart verabschiedete Charta der Heimatvertriebenen forderte ein Recht auf Heimat, was keinesfalls nur die Rückkehr, sondern auch gleiche Staatsbürgerrechte und eine gerechte Verteilung der Lasten in ihrer neuen Heimat bedeuten sollte. So ist es zu verstehen, dass sich in der südwestdeutschen Bevölkerung, ihrem eigenen Heimatgedanken stark verbunden, ein Konkurrenzdenken entwickelte. Dabei stand die Wohnraumfrage im Vordergrund, stärker als die Konkurrenz um den Arbeitsplatz oder um die täglich benötigten Lebensmittel (17). Die Unterbringung der Vertriebenen in Dachmansarden, den „Spatzennestern“, hatte nicht nur in Waldshut, sondern weitverbreitet im Land Prinzip. Der Weg zur Toilette war weit, die Beheizung der Wohnung problematisch. Hausschlüssel waren nicht selten Kampfobjekte. Die Akzeptanz der Vertriebenen wuchs bei Alten und Jungen schneller als bei denen, die sich durch Konkurrenz in ihrem Besitzstand bedroht sahen. So war die Integration weitgehend von Landräten, Bürgermeistern, Lehrpersonal, den Kirchen und ihren Ehrenamtlichen getragen (17). Vor allem der anziehende Wohnungsbau sorgte für eine allmähliche Entspannung und einen Konfliktabbau. Dass in Waldshut die Konfliktsituation entspannter war, hat ihre Ursache im verspäteten Zuzug der Vertriebenen und im zügigen Ausbau der städtischen Infrastruktur.

„Bedürftige müssen sich nun nicht mehr schämen“

So kommentierte die Arbeits- und Sozialrechtlerin Helga Spindler die Verabschiedung des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) 1961 durch den Bundestag. Dem Bedürftigen die Schuld an seiner Not zu geben, hatte nach dem 1. Weltkrieg eine Grenze erreicht und 1924 zur Reform des Fürsorgewesens beigetragen. Aber der Bedürftige erhielt Hilfe nicht, weil er Anspruch darauf hatte, sondern weil die öffentliche Sicherheit und Ordnung es geboten. Eine rein materielle Reform des Fürsorgerechts erfolgte 1953, aber erst mit dem BSHG löste die Sozialhilfe die öffentliche Fürsorge als Mindestsicherungsgrundlage ab. Ab nun gab es einen Rechtsanspruch auf Unterstützung. Das Gesetz wollte nicht nur die wirtschaftliche Not des Bedürftigen beseitigen und seine menschliche Würde garantieren, sondern auch immaterielle Notlagen angehen. Diese Hilfen in besonderen Lebenslagen betrafen u. a. Pflegebedürftige, Alte, Behinderte, chronisch Kranke und Auszubildende. Entscheidend aber war, dass die Rechtsstellung des Hilfesuchenden sich grundsätzlich änderte. Der Bedürftige war nun nicht mehr Objekt obrigkeitlicher Maßnahmen, sondern Subjekt eigener Rechte (64). Er hatte einklagbaren Anspruch auf Hilfe. Armut war ab jetzt nicht mehr nur materielle Not, sondern Mangel an Teilhabemöglichkeit. Ab nun sollte ein menschenwürdiges Existenzminimum ohne Rücksicht auf die Ursache der Bedürftigkeit sichergestellt sein. Subsidiarität war weiterhin ein tragender Leitgedanke. Sozialhilfe erhielt nur, wer keine Selbsthilfe, keinen Unterhaltspflichtigen oder einen anderen Sozialleistungsträger zur Verfügung hatte. Wer sich weigerte, zumutbare Arbeit anzunehmen, verlor seinen Anspruch

auf Hilfe zum Lebensunterhalt. Vergleichbare Einschränkungen galten für ein unwirtschaftliches Verhalten. „Örtliche Träger der Sozialhilfe sind die kreisfreien Städte und die Landkreise“ hieß es im Gesetz. Lokal zuständig war der Träger der Sozialhilfe, in dessen Bereich sich der Hilfesuchende tatsächlich aufhielt. Für gewisse Hilfen in besonderen Lebenslagen konnte das Land einen überörtlichen Träger, z. B. die Wohlfahrtsverbände, festlegen. Immer in Abstimmung mit dem Sozialamt. Für Waldshut bedeutete das Gesetz, dass die Versorgung der Armen von der Stadt an den Landkreis überging. In der Frage der Sozialhilfe verlor der Waldshuter Gemeinderat, der sich jahrhundertlang mit dem Fürsorge- und Armenrecht beschäftigt hatte, an Mitsprache. Dagegen nahm die Bedeutung der freien Wohlfahrtspflege zu. Bereits die Dynamisierung der Renten 1957 und die gesetzliche Altershilfe für Landwirte hatten die finanzielle Lage der älteren Bevölkerung verbessert. Durch das BSHG und die jetzt bessere finanzielle Versorgung der Alten bekamen die Wohlfahrtsverbände eine Grundlage, soziale Projekte zu planen und zu realisieren. Die in der Weimarer Verfassung festgeschriebenen Aufgaben der freien Wohlfahrtsverbände hatten weiterhin Bestand. Das BSHG hat mit der Betonung des Subsidiaritätsprinzip die Vorrangstellung der Wohlfahrtsverbände aber weiter gestärkt. Altenheime, Altenwohnungen, Mahlzeitdienste wie „Essen auf Rädern“ und der Aufbau von Sozialstationen rückten ins Blickfeld. Auch die Hilfe für Behinderte lag zu dieser Zeit in den Händen der freien Wohlfahrtsverbände. Den gesellschaftlichen Randgruppen garantierte das BSHG „Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten“. Gemeint damit waren Drogenabhängige, Obdachlose und Nichtsesshafte (64). Politisch spannungsfrei entwickelte sich die Arbeit der Wohlfahrtsverbände nicht. Die Kirchen mussten sich gegen Säkularisierungstendenzen zur Wehr setzen. 1967 entschied dann das Bundesverfassungsgericht, dass dem öffentlichen Träger Planungs- und Finanzhoheit zustehen, den freien Wohlfahrtsverbänden aber der Handlungsvorrang (5).

„Es ist die Zeit, in welcher man die Sünde verharmlost“ (48).

Mit diesen Worten drückt J. Ruch seine Sorge um die Säkularisierungserscheinungen dieser Zeit und seiner Stadt aus. Hintergrund waren bereits in den 1950er Jahren auftretende Schwierigkeiten in der kirchlichen Jugendarbeit, sinkende Kirchenmitgliedschaften, Kirchenaustritte und der nachlassende Gottesdienstbesuch in den Folgejahren. Die Zahl der Taufen ging zurück (33). Die evangelische Kirche war davon stärker betroffen. Schon 1955 lassen sich vereinzelt Jugendgruppen beobachten, die die Ordnung stören und handgreifliche Krawalle anzetteln (64). „Halbstarke“ nannten sie sich, eine Erscheinung auch in anderen Wohlstandsländern. Lederjacken, Motorräder und Rock´n`Roll waren ihre Aushängeschilder. Sie ließen sich von der staatlichen Sozialarbeit nicht einfangen, schon gar nicht von Bemühungen der Kirchen. Ab 1965 lassen sich Änderungen in der Familienstruktur beobachten. Die Erstverheiratung nahm ab. Nach Einführung der Antibabypille sank die Geburtenrate, die Zahl der unehelichen Kinder nahm zu. Der Umbruch der Familienstrukturen lief der Änderung zur religiös kirchlichen Einstellung parallel (33). Die Gründe für diese Entwicklung sind umstritten. Dominierten bis Mitte der Sechzigerjahre Werte wie Leistung, Ordnung, Gehorsam, so traten ab 1965 individualistische Prinzipien wie Selbständigkeit, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung in den Vordergrund (33). In der jüngeren Generation kamen Zweifel an den Aussagen der katholischen Kirche zur Empfängnisverhütung, zur Sexualität und zur Autorität des Papstes auf. Im gewonnenen Wohlstand und der besseren sozialen Absicherung durch den Staat die Ursachen des Wertewandels zu sehen, ist allein nicht ausreichend. Der Wertewandel wurde schon mit der rapiden Industrialisierung in den Fünfzigerjahren angelegt und realisierte sich zehn Jahre

später. Josef Ruch bot seiner Stadt Waldshut eine Lösung an, die seiner kirchlichen Bindung treu blieb: „Die „Welt“ wehrt sich gegen die Angst auf ihre Weise, sie will die Angst vergessen machen im „Rock and Roll“ und nach dem Motto „Freut euch des Lebens!“ Aber das beseitigt nicht die Ursachen der Angst. Das Krebsgeschwür bleibt, man betäubt nur die Schmerzen. Solche Furcht kann nur von der Religion her überwunden werden“ (48).

„So haben viele ihr Lied-ond mir hond kois“ (3).

Wie ist es zu verstehen, dass diese Bemerkung der schwäbischen Moderatorin Siggie Harreis 1986 zu einer Missstimmung zwischen Baden und Württemberg führen sollte? Die moderierte Fernsehsuche nach einer Hymne für den Südweststaat fand 16 Jahre nach der Abstimmung über die Zusammengehörigkeit des Bundeslandes statt. Diese Volksabstimmung in Nord- und Südbaden hatte mit 82 Prozent ein eindeutiges Votum für den Verbleib im gemeinsamen Land Baden–Württemberg erbracht. Aber die politischen Auseinandersetzungen um die Verzögerung der Abstimmung, „bis der letzte Alt-Badener gestorben ist“, wirkten fort (3). Streitereien um den Haushalt, den Straßenbau, die Elektrifizierung der Bahn, die Schulpolitik, den Ausbau der Schifffahrtswege, das sind nur einige Streitpunkte, die einem spannungsfreien Zusammenwachsen im Wege standen. In Baden fand man sich unverändert benachteiligt. Das förderte eine bis heute andauernde Identitätssuche in Baden. Noch heute gliedern sich die Kirchen in zwei Landesverbände, man hält an der Badischen Gebäudeversicherungsanstalt, am Landeswohlfahrtsverband Baden fest, man bezieht vom „Landesverein Badische Heimat e. V.“ die Zeitschrift „Badische Heimat“. Die „Landesvereinigung Baden in Europa e. V.“ strebt die Erhaltung der badischen Identität und die bevorzugte Entwicklung des westlichen Landesteiles an. Man verehrt das badische Wappen und seine Fahne. Das gemeinsame Singen des Badnerliedes ist ein unverzichtbares Ritual. Eine gemeinsame Hymne? Nein, danke.

Als 1971 das Städtebauförderungsgesetz in Kraft trat, wurde auch diese Förderung von Baden aus kritisch begleitet. Es ging nicht nur um die Erhaltung eines historischen Stadtbildes, sondern auch um eine soziale Stadt und deren Nachhaltigkeit. Innerstädtische Handelszonen wurden attraktiver gestaltet, erste Fußgängerzonen entstanden. Nachteilig und wenig nachhaltig war die Errichtung von Hochhäusern am Stadtrand. Wie sich diese Vorstellungen auf das Stadtbild Waldshuts auswirkten, hat M. V. Miltenberger eindrücklich dargestellt (37). Die Ortsgruppe des Vereins Badische Heimat und einflussreiche Persönlichkeiten setzten sich für die Sanierung und Erhaltung der historischen Altstadt ein. Heute diskussionswürdige Gebäude in der Liederplatte und auf dem Aarberg wurden vollendet. Das Krankenhaus wurde ausgebaut. Alle diese Investitionen waren durch den wirtschaftlichen Aufschwung der 1950er und 1960er Jahre möglich geworden. Die politische Förderung von sozialen Projekten, von Wohnen, Bildung, Gesundheit und Infrastruktur, trugen zur Verminderung der sozialen Ungleichheit in der Stadt bei.

„Auch die Armut nahm seit den 1970er und 1980er Jahren wieder zu“ (25).

Diese Worte sind H. Kaelble und seinem Kapitel über die soziale Ungleichheit seit den 1980er Jahre entnommen. Die Wirtschaftswunderjahre waren mit Beginn der ersten Ölkrise Ende 1973 vorbei. Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Umbau des Sozialstaates traten in den Vordergrund. Der Vergangenheit angehörten in Baden–Württemberg die Jahre mit einer Arbeitslosigkeit von 0,3 Prozent, einer fehlenden bis geringen Inflation und eines stetig ansteigenden Exports. Ab nun sank das Bruttoinlandprodukt, die Inflation wuchs, die Arbeitslosigkeit stieg schnell auf 3,5 Prozent und erreichte nie mehr die Werte der beiden Jahrzehnte zuvor. Der Dienstleistungssektor wuchs, das produzierende Gewerbe litt. Die

Warenexporte sanken in BW zeitweise um fast 10 Prozent (14). Baden-Württembergs Wirtschaft befand sich im Gleichtritt mit der europäischen Wirtschaft, die der Weltwirtschaft nicht folgen konnte und kein entscheidendes Wirtschaftswachstum zeigte. Die in der Folge wachsende soziale Ungleichheit hatte nach H. Kaelble unterschiedliche Ursachen: die Einkommens- und Vermögensunterschiede verschärften sich, die Belastung durch Wohnkosten stiegen, die Trennlinien im Gesundheitssystem und zu Menschen mit Migrationshintergrund nahmen zu. Mittelschicht und Arme verloren bis zum Ende des Jahrhunderts gegenüber den höheren Einkommensschichten an Boden. Hatten sich in den 1950er bis 1970er Jahren die Einkommens- und Vermögensunterschiede zwar abgemildert, die Aufstiegschancen aber nicht verbessert, so wuchsen ab den 1980er Jahren die Bildungs- und Mobilitätschancen. Die Zunahme der wirtschaftlichen Ungleichheit wurde durch die nun verbesserten Aufstiegschancen etwas vermindert (25). Eindeutige Verlierer aber blieben die unteren Einkommen. Davon waren bis etwa 2005 auch zunehmend Frauen und jüngere Altersgruppen betroffen. Ursachen für diese Entwicklung waren die Senkung des Spitzensteuersatzes, sinkender Einfluss der Gewerkschaften, wachsende Arbeitslosigkeit und ein zunehmender Druck auf den Wohlfahrtsstaat. Von 1970 bis 1980 stieg die Einkommensarmut auf 11 Prozent und bis zum Ende des Jahrhunderts in Westdeutschland auf fast 14 Prozent (9). Erst mit Verminderung der Arbeitslosigkeit zu Beginn der 2000er Jahre stiegen die unteren Einkommen wieder an (25). Armut ist aber mehr als Einkommensarmut. Armut steht in einer Beziehung zu den gesamtgesellschaftlichen Möglichkeiten der betroffenen Person. Man spricht daher von relativer Armut, weil jemand arm ist im Verhältnis zum gesellschaftlichen Wohlstand (1). Die Armut wird dabei nicht auf materielle Aspekte reduziert, sondern Bereiche wie Ernährung, Wohnen, Gesundheit, Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben werden berücksichtigt. Die Lebenslage des Betroffenen steht im Vordergrund. Eine Messung erweist sich wegen der Vielschichtigkeit als schwierig. Einfacher ist eine statistische Erfassung, wenn dasjenige Einkommen berücksichtigt wird, bei dem Güter und Dienstleistungen, die einen normalen Lebensstandard gewährleisten, zur Verfügung stehen. So kommt man zu einer Armutsdefinition, die sich auf einen Prozentsatz des gesellschaftlichen Durchschnittseinkommen bezieht. Relativ arm ist eine Person, die weniger als fünfzig oder, wie in Deutschland üblich, weniger als sechzig Prozent dieses Durchschnittseinkommen zur Verfügung hat. In der Armutsstatistik spricht man vom medianen Nettoäquivalenzeinkommen. Es berücksichtigt das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied. Betrug die so gemessene Armut in Deutschland Mitte der 1970er Jahre knapp neun Prozent, unmittelbar nach der Wiedervereinigung gut elf Prozent, stieg sie bis 2013 fast kontinuierlich bis 15 Prozent.

„An allen Ecken und Enden spricht man nur vom Fehlen, vom Brauchen, vom Nicht-Haben“ (52).

Mit dieser Äußerung schloss sich P. Sloterdijk der gewachsenen Kritik am Umverteilungsstaat um die Jahrtausendwende an. Solidarität wurde kritisch hinterfragt, man pochte zunehmend auf Eigenverschulden der Bezieher von staatlicher Unterstützung. In den ärmeren Schichten wurde mehr geraucht, Alkohol getrunken, fett und süß gegessen. Lungen- und Kreislauferkrankungen waren die Folge. Vermögende dagegen konnten sich gesünder, aber auch teurer ernähren und auf sportliche Freizeitaktivitäten achten. Ein gespaltenes Gesundheitssystem bildete sich aus. Dass die soziale Misere eine wichtige Ursache für die kritisierte Lebensführung war, wollte man nicht mehr einsehen. Hatten nicht alle Gesellschaftsschichten von der steigenden Lebenserwartung profitiert? Hatten sich nicht für

alle die Bildungschancen verbessert? Waren 1970 zwölf Prozent der Studierenden Arbeiterkinder, so waren es 30 Jahre später bereits 20 Prozent. Auch die Bildungsabschlüsse in Real- und Fachschulen wurden gefördert. Damit nahmen die sozialen Aufstiegschancen zu, gleichermaßen für Männer und Frauen. Waren in den 1970er Jahren die Männer noch vom sozialen Aufstieg begünstigt und weniger von einem Abstieg bedroht, gab es 20 Jahre später zwischen Männern und Frauen diesbezüglich keine Unterschiede mehr (25). Zwei Bevölkerungsgruppen verschlossen sich der sozialen Mobilität. Aus der Gruppe der Wohlhabenden stiegen immer weniger ab, sie öffnete sich sozial nicht. Aus der Gruppe der Ärmsten stiegen dagegen immer weniger auf. Sie blieb in ihrem materiellen und sozialen Ghetto gefangen (25).

War in den 1950er bis 1970er Jahren der Besitz sichtbarer langlebiger Konsumgüter in Küche, Wohnzimmer und Garage ein Kriterium der sozialen Trennlinie, verlor er ab den 1980er Jahren immer mehr an Bedeutung. Fernseher, Telefon, Wasch- und Spülmaschine hatte fast jeder. Luxusgüter wurden zum Aushängeschild für die Reichen, nicht für das Bürgertum. Wer in dauerhafter Armut lebte, nahm an der Vereinheitlichung der Massenkonsumentengesellschaft nicht teil. Hohe Wohnkosten hatten Wohnquartiere entstehen lassen mit schlechter Anbindung an den Nahverkehr, schlechter Bausubstanz, mit viel Lärm, wenig optimalen Schulen und schlechten Einkaufsmöglichkeiten. Um dieser sozialen Spaltung entgegenzuwirken, wurden vielerorts die Innenstädte modernisiert und Außenquartiere vermieden. Sozial unterschiedliche Bevölkerungsgruppen sollten sich vermischen und die städtische Infrastruktur beim Einkauf, aber auch im Bildungssystem gemeinsam nutzen. Soziale Ungleichheit wurde immer weniger auf gesellschaftliche Klassen bezogen, sondern auf Ungleichheit zwischen Armen und Reichen, Männer und Frauen, zwischen Einheimischen und Zuwanderern, zwischen Ethnien und Religionen (25).

Sollte die Sicht auf die soziale Ungleichheit oder die Sicht auf die Verbesserung der eigenen Aufstiegschancen die Oberhand gewinnen? Sloterdijks Einstellung ist unmissverständlich. Zwanzig Jahre Wohlfahrtsstaat hatten die Einkommensunterschiede vermindert, aber die aufkommenden Ungleichheiten in den Vermögen, im Wohnraum, im Zugang zu den Gesundheitsleistungen und der Jugendarbeitslosigkeit ab den 1980er Jahren nicht verhindern können. Die sozialen Misstände wurden zunehmend als selbstverschuldet angesehen (25). Das Solidarprinzip geriet in die Kritik. Andere sahen in der Rücknahme des Wohlfahrtsstaates die Ursache für die Verschlechterungen. Dabei wurde immer wieder auf die erfolgte Steuersenkung für Reiche hingewiesen. Die aufkommende Individualisierung der Gesellschaft förderte die Kritik am Verteilungsstaat. Armut und Reichtum, Lebensführung und die Verantwortung dafür wurden individualisiert und nicht mehr als Benachteiligung einer bestimmten Gesellschaftsschicht angesehen, der man sich zugehörig fühlte. Rechtliche Gleichstellung und kulturelle Anerkennung verdrängten die Diskussion um Arm und Reich. Man setze sich für sein Geschlecht, seine Herkunft, seine Altersgruppe, seine sexuelle Bestimmung ein. Auch die Arbeit und ihre Bedingungen richteten sich immer weniger nach einer sich auflösenden Klassenzugehörigkeit. Dadurch verloren die Gewerkschaften an Einfluss. Die Sichtweise der Gesellschaft hatte sich von der Ungleichheit der sozialen Klassen auf die Ungleichheit der Chancen verschoben (25).

Organisationen versuchten die individualisierten Interessen zu bündeln. Frauen-, Immigrantinnen-, Menschenrechts-, Umwelt-, Minderheiten- und kirchliche Organisationen kämpften um mehr Einfluss ihrer Mitglieder am gesellschaftlichen Leben. Statt Wohlfahrtsstaat forderte man staatlichen Einsatz für die eigene Chancengleichheit und die

der zugehörigen Gruppe. Aufgabe des Staates wurde es, die Vorteile des Wohlfahrtsstaates zu erhalten und gleichzeitig die einzelnen Gruppeninteressen zu berücksichtigen, bis in die heutigen Tage.

„Veränderungen im Sozialsystem, Kürzungen gar, scheinen nur mit einer ungewöhnlichen politischen Kraftanstrengung möglich“ (24).

Das Zitat ist einem Spiegel-Magazin entnommen aus der Zeit, als durch die Ölpreiskrise der Wohlfahrtsstaat unter Druck geriet. Hatte sich die Sozialleistungsquote von 1950 bis 1980 fast verdoppelt, sank sie bis zur Wiedervereinigung kontinuierlich. Die Sozialleistungsquote erfasst die Sozialausgaben des Staates in Prozent des Bruttoinlandprodukts. Das brachte die Menschen mit geringem Einkommen und fehlendem Vermögen in eine Notlage, hatten sie doch die staatlichen Zuwendungen quasi als sicheres Zusatzeinkommen angesehen. Der Staat sah sich Sozialprotesten zahlreicher Unzufriedener ausgesetzt. Unterstützt wurden die Proteste von Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden. Da die Finanzierung der sozialen Sicherung zu mehr als der Hälfte vom Bund, zu etwa je 20 Prozent von den Ländern und den Gemeinden getragen wurde, waren es auch für Baden-Württemberg und den Kreis Waldshut unruhige Zeiten. Die Arbeitslosigkeit stieg in Baden-Württemberg Anfang der 1980er Jahre bis annähernd sechs Prozent. Im Bund lag sie 1984 bei acht Prozent. Bis zur Wiedervereinigung sank sie lediglich um ein Prozent. Hatte man einen niedrigen Bildungsstand, lag die Arbeitslosigkeit dreimal so hoch wie bei einem höherem Bildungsgrad. Im grenznahen Gebiet gab es etwas weniger Arbeitslose. Für Waldshut-Tiengen wurde die Rate 1984 mit 5,6 Prozent angegeben (2).

„Das Klima für die Verwirklichung einer Verwaltungsreform in Baden-Württemberg ist günstig“ (3).

So nahm im Februar 1971 das Staatsministerium in Stuttgart in einer Pressemitteilung zur vorgesehenen Verwaltungsreform Stellung. Das Plebiszit von 1970 hatte das Land gestärkt, die Hochkonjunktur der 1960er Jahre war noch nicht abgeklungen. Mit dem Kreisreformgesetz wurde das Land in 9 Stadt- und 35 Landkreise eingeteilt. Zwei Drittel aller Gemeinden und fast die Hälfte der Kreise fielen der Gebietsreform zum Opfer (3). Die Neuordnung sah u. a. die Auflösung der bisherigen Landkreise Säckingen und Waldshut und die Neugründung eines an den Kreis Lörrach grenzenden Landkreis Waldshut vor. Die Ziele waren vielschichtig: Einspareffekte bei den Verwaltungskosten, gezielte Verwischung der ehemaligen Landesgrenzen, Abbau des Stadt-Land-Gefälles, Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen, Ausbau des Schul- und Berufsschulwesens, günstigere Voraussetzungen für die Ansiedlung von Unternehmen und Ausbau eines leistungsfähigen Krankenhauswesens (3). An Widerstand fehlte es nicht. Der ehemalige Innenminister W. Krause sprach von „Erzeugnissen aus der Etikettenfabrik des Staatsministeriums. Der Inhalt der Flasche wird dadurch nicht besser“ (55). Ein unerwünschter Nebeneffekt der Gebietsreform war das Aufkommen eines Lokalpatriotismus und das Denken in begrenzten Zusammenhängen (3). Waldshut gegen Tiengen, Säckingen gegen Waldshut sind Beispiele dafür. Ch. Ruch hat die Stolpersteine der Vereinigung von Waldshut und Tiengen zur Großen Kreisstadt zusammengefasst (46). Es bedurfte 1975 eines Urteils des Staatsgerichtshofes, um die Geburt der Großen Kreisstadt auf sichere Beine zu stellen.

Die wirtschaftliche Krise der Folgejahre ließ dem Zugewinn an öffentlicher Dienstleistung nur wenig Raum. Die Konzentration der Behörden des Landratsamts, der Ausbau der Schulen zu einem Zentrum, die Niederlassung der Finanzinstitute und der Sitz der Polizeidirektion und des Gerichts in der Doppelstadt trugen dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit vergleichsweise

gering blieb. Der öffentliche Dienstleistungssektor bewirkte den Zuzug von wirtschaftlich abgesicherten Familien in die Stadt und in die eingemeindeten Ortschaften. Die Konzentration im Krankenhauswesen dagegen war umstritten. Zwar wurde das Krankenhaus in Tiengen geschlossen, aber in Säckingen entstand ein modernes neues Haus, dessen Expansionsdrang durch das Sozialministerium in Stuttgart in Grenzen gehalten werden musste. Das Spital in Waldshut dagegen stand in dieser Zeit im Zwiespalt zwischen Ausbau zu einer zeitgemäßen Einrichtung und den spürbaren finanziellen Einschränkungen im Gesundheitssektor dieser Jahre. Viele Krankenstationen mussten umgebaut, Betten reduziert und Nasszellen eingebaut werden. Qualifizierte Ärzte wurden in leitende Positionen berufen, die mit der noch nicht angepassten Infrastruktur zu kämpfen hatten. Personal wanderte in die Schweiz ab, Patienten bevorzugten das in ihren Augen zeitgemäßere neue Haus in Säckingen. Überhaupt machte sich die soziale Spaltung im Gesundheitswesen bemerkbar. Wer es sich finanziell leisten konnte, bevorzugte die teure Behandlung in der Schweiz. Dem Heilig-Geist-Spital in Waldshut blieb seine historische Bestimmung erhalten: Zufluchtsort für die Ärmere. Aber auch in anderen sozialen Bereichen taten sich Ungleichheiten auf. Waldshut hatte Wohnquartiere, die unter Mangel an Infrastruktur litten, im Westen die Liedermatte, im Osten die Bergstadt. Einschließlich der innerstädtischen Gewerbegebiete spricht M. V. Miltenberger von einer Herausforderung an das ästhetische Empfinden (37). Seit Mitte der 1970er Jahre hatte sich die Stadt zu einem Sanierungskonzept der Innenstadt entschlossen, das den historischen Wurzeln folgte. Begleitet wurde die bauliche Sanierung von einem Innenstadtkonzept für den Handel, das die Ansiedlung von Einzelhandel in den Außenbezirken erschwerte. Sozial unterschiedliche Bevölkerungsgruppen konnten sich im Innenstadtbereich zusammenfinden und dort ihre Einkäufe tätigen. Auch die Schulpolitik folgte diesem Ziel und lag damit im Trend der Zeit.

Mit der Zusammenführung der beiden Städte zur Großen Kreisstadt endete das Kapitel der rein Waldshuter Sozialgeschichte. Was nicht bereits von Kreisbehörden übernommen worden war, fiel nun in die Verantwortung der Doppelstadt. Bei wichtigen Entscheidungen tat sich aber gerne eine Spaltung auf. Nicht selten wurde zwischen Waldshut und Tiengen, zwischen Einheimischen und „Zugereisten“ unterschieden. Zu dieser Zeit war Waldshut CDU-dominiert. Dem Trend der Zeit folgend war Politik nicht mehr nur parteiunabhängig, sondern geriet unter den Einfluss von Vereinen und Organisationen. Für den Oberbürgermeister und die Stadträte wurde die Teilnahme an deren Versammlungen immer wichtiger. Besonders häufig war das in den 1980er Jahren erforderlich, als über den Bau der Viehmarktplatzbrücke und die Einrichtung der Fußgängerzone zu entscheiden war. Ch. Ruch schildert, wie Traditionsvereine und Umweltschützer die Entscheidungen zu beeinflussen suchten und Parteien, diesmal die CDU, zu Getriebenen wurden (45).

„Die Bedeutung der Schweizer Kunden für den Einzelhandel in Südbaden ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Für einzelne Unternehmen in dieser Region sind diese Kunden heute von existenzieller Bedeutung“ (50).

Dieses Resümee einer Kooperationsstudie von der IHK Bodensee-Hochrhein und der Hochschule St. Gallen weist darauf hin, dass der Blick der südbadischen Region nicht mehr nur nach Norden Richtung Stuttgart, sondern auch nach Süden Richtung Schweiz gerichtet werden sollte. Basel ist von großer Bedeutung für Lörrach, für Waldshut ist es der Großraum Zürich. Waren es Anfang des 19. Jahrhunderts Schweizer Textilunternehmer, die den Sprung über die Grenze wagten, siedelten sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis zum 2. Weltkrieg Schweizer Unternehmen aus der Chemie und dem Maschinenbau hier an. In der Nachkriegszeit nahmen diese Betriebe ihre Tätigkeit wieder auf. Hauptgründe dafür waren

die Zölle, die Verkehrs- und Energieinfrastruktur sowie das Lohnniveau im südbadischen Raum. Mit der zunehmenden Globalisierung im 21. Jahrhundert änderte sich das. Unternehmen aus dem baden-württembergischen Raum drängten über die Grenze. Ursache dafür waren steuerliche Anreize und marktstrategische Überlegungen. Agiert man weltweit, ist ein leistungsfähiger Flughafen unverzichtbar (50). A. Weiss hat die nachbarschaftlichen Beziehungen zur Schweiz in den letzten hundert Jahren übersichtlich und detailliert dargestellt (63). Er schildert die Wiederaufnahme des Fährbetriebs nach Full 1950. In der Festrede wurde die „gemeinschaftliche Verbundenheit durch Sprache, Sitten und Gebräuche und wirtschaftliche Interessen“ herausgehoben. Die Verbundenheit in den wirtschaftlichen Interessen hat sich in der Folgezeit stärker entwickelt als die sozialen und kulturellen Gemeinsamkeiten. Das muss auch A. Weiss am Ende seiner Darstellung bedauernd feststellen. Waldshut als Stadt und Kreis haben von den Fortschritten in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Baden-Württemberg stark profitiert. Gehen doch fast 10 Prozent der Exporte beider Länder in das grenznahe Nachbarland. Aus der Schweiz werden überwiegend chemische und pharmazeutische Produkte exportiert, umgekehrt sind es Metall-, Fahrzeugbau- und Mineralölzeugnisse (50). Der südbadische Raum weist bei einem Exportvolumen von 2,4 Milliarden CHF einen geschätzten Überschuss von fast einer halben Milliarde Franken auf. Diese für den südbadischen Raum wichtigen Ergebnisse haben Rückwirkungen auf den hiesigen Arbeitsmarkt. Betrug die Arbeitslosenquote um die Jahrhundertwende noch um die acht Prozent, so lag sie 2018 nur noch bei 2,7 Prozent und damit auf Höhe der benachbarten Schweizer Kantone und um 0,3 Prozent niedriger als in Baden-Württemberg (31). Diese günstigen Ergebnisse für den Kreis Waldshut basieren auf einer Grenzgängerquote von 15 bis 20 Prozent der Erwerbstätigen im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts. Diese Quote trifft auch für die Stadt Waldshut-Tiengen zu. Jährlich fließen dadurch rund 700 Millionen Franken in den Landkreis Waldshut. So positiv diese Entwicklung für die Arbeitslosenzahlen und den Wohlstand der Region ist, so nachteilig ist sie für den Arbeitsmarkt vor Ort. Hier zeigt sich ein zunehmender Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Während auf deutscher Seite Gesundheits- und Sozialwesen, öffentliche Verwaltung, der Einzelhandel und das Baugewerbe die beschäftigungsintensivsten Branchen sind, arbeiten mehr als 40 Prozent der Grenzgänger aus der Region dank ihrer Qualifikation im industriellen Sektor und fehlen den heimischen Betrieben. Der Gesundheitssektor verliert seit Jahren qualifiziertes Personal in die Schweiz. Die Arbeitnehmer aus dem Kreis Waldshut sind vorwiegend in den Kantonen Aargau und Zürich tätig, weniger in Basel und Schaffhausen (50). Ihre guten Einkommen stärken die Kaufkraft der Region und der Stadt. Zwar lag die Kaufkraft 2018 im Kreis Waldshut unter der von Konstanz und Lörrach, der Anstieg von 2014 bis 2018 war aber hier mit 16,5 Prozent am stärksten (23). Ein Viertel dieser Kaufkraft fließt dem Einzelhandel zu. Diese einzelhandelrelevante Kaufkraft pro Einwohner und Jahr liegt im Kreis Waldshut mit 7500 € um fast 500 € höher als im Bundesdurchschnitt (23). Der Umsatz im Einzelhandel stieg 2018 in Waldshut-Tiengen gegenüber 2014 um 22,6 Prozent auf 357 Millionen Euro und damit am stärksten in der Region. Zu diesem Anstieg tragen die Kunden aus der Schweiz nicht unwesentlich bei, die mit etwa 1,5 Milliarden Euro den regionalen Einzelhandel stützen. (23). Niedrigere Preise und günstiger Wechselkurs sind die Hauptmotive für den Einkauf auf deutscher Seite. Die Hälfte der ausgeführten Einzelhandelsware sind Lebensmittel und Drogerieartikel, nur knapp 20 Prozent Bekleidung (50). Diese Zahlen zeigen die fragile Basis für den Waldshut-Tiengener Einzelhandel, der sich innerstädtisch etwas zu sehr der Bekleidung verschrieben hat. Auch im Tourismusbereich ist die Entwicklung in Waldshut-Tiengen rückständig. Die Gästeankünfte lagen 2017 knapp unter 40.000, niedriger als in Bad Säckingen oder Bernau und etwa auf der

Höhe von Höchenschwand und Grafenhausen. In der Zahl der Übernachtungen hinkt Waldshut-Tiengen allen diesen Orten weit hinterher (31). Die zunehmende Digitalisierung stellt eine zusätzliche Herausforderung dar. Dass eine bessere Vernetzungen von Einzelhandel, Hotellerie und Gastronomie in Waldshut-Tiengen unausweichlich ist, darauf weist die Analyse der IHK von 2019 ausdrücklich hin (23). Diese Forderung wird auch vom Werbe- und Förderungskreis, von der Aktionsgemeinschaft und Gewerbevereinen in der Stadt übernommen. Die Erwartungen der deutschen Touristen und der Schweizer Kundschaft aus der Grenzregion müssen bekannt und ständig angepasst werden. Der historisch getrübe Blick nach Stuttgart genügt nicht mehr. Ein klaren Blick für die gewachsene gemeinschaftliche Wirtschaftsregion beidseits des Rheins sollte zeigen, dass eine „Nachbarschaft von unten“, wie von A. Weiss vorgeschlagen, eine zukünftige Herausforderung darstellt.

„Die Zahl deutscher Studierenden in der Schweiz ist signifikant höher. Es kann aber nicht festgestellt werden, dass diese vermehrt aus den südbadischen Teilräumen stammen“ (50).

Diese Analyse der Kooperationsstudie ist umso bedeutender, weil sich in unmittelbarer Nachbarschaft der Hochrheinregion zahlreiche hochtechnisierte Schweizer Unternehmen angesiedelt haben. Die EAWAG und die EMPA haben einen Sitz in Dübendorf, die WSL in Birmensdorf, das PSI in Villingen, alles weltweit anerkannte Forschungsinstitute der ETH Zürich. Novartis dehnt sich gegenüber von Bad Säckingen aus. Die nun einmal vorhandenen Atomkraftwerke Leibstadt und Beznau sind für Waldshuter Pendler mit dem Fahrrad erreichbar. Hier und in ihrer unmittelbaren Umgebung werden wichtige qualifizierte Arbeitsplätze vorhanden sein, die nicht nur für Waldshut-Tiengener Arbeitnehmer, sondern auch für hier tätige Unternehmen große Bedeutung haben. Die Bildungspolitik der Stadt und des Landkreises ist unter Druck, diesen Anforderungen Genüge zu leisten. Auch wenn die Bildungseinrichtungen im Landkreis Waldshut den wichtigen Universitäten und Fachhochschulen in der grenznahen Schweiz unterlegen sind, sollte die Entwicklung des Schulsystems in Waldshut-Tiengen die Herausforderung annehmen, den Zugang zu diesen hochqualifizierten Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Die gesamt-demographische Entwicklung regt nicht zum Optimismus an, sie ist für Kinder im Schulalter aber immer noch besser als in Baden-Württemberg (31). So zeigt der Vergleich der hiesigen Schülerzahlen in den letzten dreißig Jahren einen Anstieg um gut sechs Prozent, eineinhalb Prozent mehr als in Baden-Württemberg. Dagegen ist die Zunahme der Gymnasiasten mit 20 Prozent um 3 Prozentpunkte schlechter als im Land. Aufgefangen wird dieser Mangel von den Gemeinschafts- und Realschulen, die einen starken Zuwachs zeigen. Berufliche Schulen haben in diesem Zeitraum prozentual Schüler verloren, mehr als im Land (31). Die Bildungspolitik der Stadt und im Kreis sollte sich Gedanken machen, wie eine Verbesserung möglich ist, um der Schlussfolgerung der Kooperationsstudie entgegenzuwirken: „Insgesamt kann aber festgehalten werden, dass die südbadischen Teilräume bislang noch nicht in dem Umfang von den vielfältigen Wissensangeboten der Schweizer Seite profitieren, wie dies grundsätzlich möglich wäre“ (50).

„In der Politik wiederum ist das Armutsthema nicht sonderlich beliebt“ (31).

Mit dieser Feststellung weist P. Buhr darauf hin, dass die Regierung Kohl die Armut als soziales Problem nicht akzeptieren wollte. Dafür gab es nun einmal die Sozialhilfe. In der rot-grünen Folgeregierung wurden zwar Armut, Unterversorgung und Ausgrenzung als soziales Problem anerkannt, aber Ursache und Bekämpfung von Armut wurden unterschiedlich diskutiert. Ergebnis war die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum

Arbeitslosengeld II in der Agenda 2010 (31). Folge waren die Ausweitung des Niedriglohnssektors und ein Anstieg der prekären Arbeitsverhältnisse. Über diese Form des flexiblen Arbeitsmarkts wird bis heute gestritten.

Ist die politische Einstellung im Kreis Waldshut differenzierter? Gibt es hier überhaupt Armut? Ist sie ein Randphänomen, das nicht dramatisiert werden sollte? Werden mehr die individuellen oder die strukturellen Probleme für Armut anerkannt? In seiner Statistik 2019 „Bevölkerung und Wirtschaft“ stellt der Landkreis Waldshut dem Thema „Soziales“ fünf Seiten zur Verfügung, weniger als die Hälfte des Abschnitts zu „Bauen und Wohnen“ und weniger als ein Drittel der Seitenzahl zum Kapitel „Wirtschaft“ (39). Der Begriff „Armut“ taucht nicht auf. Warum auch? Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem lag 2018 nur knapp unter dem in der Region, allerdings deutlich unter dem im Land und auch im Bund. Der Dienstleistungssektor trug dabei 58 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei, das produzierende Gewerbe 41 Prozent und die Landwirtschaft lediglich ein Prozent (39). Auch diese Werte unterscheiden sich nur wenig von denen für Baden-Württemberg. Allerdings steigt die Zahl der Arbeitslosen im Landkreis seit 2018, also auch schon vor Coronazeiten, kontinuierlich an. Jeweils im Februar lag sie 2018 bei 2,7 Prozent, stieg 2019 auf 3,1, im Jahr 2020 auf 3,3 Prozent und erreichte 2021 sogar 4,5 Prozent. Damit lag sie wieder über der Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg, die im Februar 2021 4,4 Prozent betrug. Die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld I stieg stärker als die mit Arbeitslosengeld II, d. h. als die Empfänger von Hartz IV. Die Zahl der gemeldeten freien Arbeitsstellen nahm um rund ein Drittel ab. Sie lag deutlich niedriger als die Zahl der Arbeitslosen, auch als die der Empfänger von Arbeitslosengeld I. (41). Dass die strukturellen Probleme im Kreis und der Stadt Waldshut-Tiengen nicht durch das alleinige Vertrauen in den Einkaufstourismus gelöst werden können, darauf weist 2020 der Bericht „Bevölkerung und Wirtschaft“ folgendermaßen hin: „Wenig überraschend, aber bedenklich im Hinblick auf die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit des Landkreises ist die Schwäche im Bereich der unternehmensnahen und der IT-Dienstleistungen“. Die Ursachen für diese Schwäche werden in den überwiegend klein- und mittelständischen Unternehmen im Kreis und dem Mangel an Bildungseinrichtungen, vor allem im Hochschulbereich gesehen (39). Ein solches Bildungsangebot könnte die beruflichen Perspektiven nicht nur von Ingenieuren, sondern auch von Mechanikern und Bankmitarbeitern verbessern.

„Die Existenz von Armut ist somit geradezu ein Armutszeugnis für den Wohlfahrtsstaat“ (9).

P. Buhr weist mit dieser Aussage dem Staat die Aufgabe der Armutsbekämpfung zu. Sie verweist dabei auf das Grundgesetz, das die Verantwortung des Staates für die Gewährleistung eines sozialen Existenzminimums und die Sicherstellung sozialer Teilhabemöglichkeiten für alle Bevölkerungskreise festschreibt. Die Regierung Kohl sah in der Sozialhilfe diese Gewährleistung erfüllt. Die Regelsätze waren in den 1990er Jahren aber wenig verlässlich. Nach einer Erhöhung folgte eine Deckelung. Der fehlende Inflationsausgleich führte bis zur Jahrhundertwende zu einer Schrumpfung der Auszahlungen. Sozialhilfeempfänger hatten ein geringes Einkommen und einen geringen Lebensstandard. Urlaub war nicht finanzierbar, Bekleidung zu teuer und die Gesundheitsversorgung eingeschränkt (9). Folge war 2003 die Einführung der Grundsicherung für Alte und Erwerbsgeminderte, 2005 die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld II und die Agenda 2010. Ziel war der Versuch einer besseren Eingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt. So sollte eine Verminderung der Armut angestrebt werden. Betrug die Armutsquote 2010 in der Region Hochrhein-Bodensee 10,1

Prozent und sank bis 2012 um zwei Prozent, so stieg sie in den folgenden Jahren wieder an und erreichte 2016 mit 12 Prozent einen Höhepunkt. 2019 betrug sie 10,6 Prozent (40). Für diesen Zeitraum sind für Baden-Württemberg 12,3 und für den Bund 15,9 Prozent angegeben. Diese Daten sind nach dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) erhoben. Nach der Mikrozensusbefragung liegt die Armutsgefährdungsquote um etwa drei Prozent höher. Die Ursache dafür liegt u. a. in einer unterschiedlichen Einkommenserhebung. Besonders gefährdet sind Erwerbslose, die zu fünfzig Prozent armutsgefährdet sind. Stark betroffen sind auch Alleinerziehend mit gut vierzig Prozent, Ausländer und Bildungsschwache mit dreißig Prozent Armutsgefährdung. Die vergleichsweise besseren Zahlen für die hiesige Region unterstreichen erneut die Bedeutung des gemeinsamen Wirtschaftsraums mit der Nordschweiz, aber auch die Anfälligkeit, die sich für die Region und Waldshut-Tiengen daraus ableitet.

„In einem Sozialstaat wie Deutschland gehört die Bekämpfung von Armut zu den wichtigsten staatlichen Aufgaben“ (9).

Differenziert man zwischen dem Staat als Institution des öffentlichen Rechts und der Gesellschaft als natürliche Personen und Einrichtungen des Privatrechts, dann sind neben dem Staat vor allem die Kirchen, Gewerkschaften, Verbände, Vereine, Unternehmen, Bürgerinitiativen und Medien in die Verantwortung für die Notleidenden eingebunden. Es sind Institutionen und Personen, die juristisch gesehen alle nicht dem Staat zuzurechnen sind. Das BSHG von 1994 hatte die Verantwortung von Kirchen, Religionsgemeinschaften und der freien Wohlfahrtspflege für die Armutsbekämpfung erneut bestätigt und dabei auf das Subsidiaritätsprinzip verwiesen. Neben den Behörden des Kreises waren es vor allem Caritas, Diakonie, DRK und Arbeiterwohlfahrt, die sich in Waldshut der Menschen annahmen, die in soziale Not geraten waren. Die Stadt hatte zu dieser Zeit ihre Verpflichtungen bereits abgetreten, die sie sechshundert Jahre zuvor mit der Gründung des Spitals für ihre Armen übernommen hatte. Nicht nur aus dieser Perspektive, sondern auch aus historischer Sicht war 2018 die Übergabe des Spitals an den Landkreis für viele Bürger mit Wehmut verbunden.

Mit der Gründung eines Tafelladens hat der Caritasverband Hochrhein 2004 eine Anlaufstation für die Armen in Waldshut geschaffen. Elf Jahre zuvor war die Berliner Tafel als erste in Deutschland eröffnet worden. Überschüssige Lebensmittel sollten nicht vernichtet, sondern an Bedürftige weitergegeben werden. Spender sind vorwiegend Produzenten und Händler. „Verteilen statt Vernichten“ ist Ziel der gemeinnützig arbeitenden Tafeln (39). Die Waldshuter Tafel durften Personen nutzen, deren Durchschnittseinkommen, genauer gesagt, deren personenbezogenes monatliches medianes Nettoäquivalenzeinkommen 60 Prozent oder weniger ausmachte. 2004 lag es für Einzelpersonen in Baden-Württemberg bei etwa 800 €, 2019 bei 1167 €. Schon kurz nach der Öffnung der Waldshuter Tafel 2004 kamen 260 Kunden, die für sich oder ihre Familie Ware erhielten. 2009 wurden bereits 376 Bedürftige mit Lebensmitteln versorgt. Die größte Gruppe waren Kinder und Jugendliche, gefolgt von Alleinstehenden und Familien mit 1 bis 3 Kindern. Alleinerziehende und Menschen über 65 Jahre waren zu Beginn seltener Kunden der Waldshuter Tafel. Vergleichbare Verhältnisse zeigen sich für die ältere und größere Singener Tafel. 2006 versorgte sie 755 Kunden, allein 285 waren Kinder und Jugendliche. Alleinstehende und Familien mit Kindern waren auch hier die größten Besuchergruppen. Alleinerziehende und Senioren/innen suchten zu dieser Zeit, ähnlich wie in Waldshut, die Singener Tafel seltener auf als es zehn Jahre später der Fall sein sollte (8).

S. R. ist einer dieser alleinstehenden Kunden, der die Waldshuter Tafel nutzt. Er ist 40 Jahre alt, Einzelkind, die Eltern sind verstorben. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes alleinstehend. Aufgewachsen im Südwesten hat er die Werkrealschule abgeschlossen und danach Koch gelernt. Er hatte Arbeitsstellen in guten Restaurants. Zur Aufbesserung seines Einkommens hat er hin und wieder Nebentätigkeiten ausgeübt. Sein Leben änderte sich unerwartet, als er mit 33 Jahren einen Bandscheibenvorfall erlitt. Unter zunächst ärztlich überwachter konservativer Behandlung traten Lähmungserscheinungen im linken Bein auf, die auch nach operativer Behandlung nicht mehr verschwanden. Er musste an Krücken gehen, stürzte unglücklich auf einer Treppe und zog sich am rechten Knie einen Kreuzbandriss und einen Meniskusschaden zu. An eine Rückkehr in den Beruf war nicht mehr zu denken. Durch den langwierigen Krankheitsverlauf wurde er ALG 2-Empfänger. Nach einer Umschulung mit dem Ziel Selbständigkeit tat er sich mit einem Kollegen zusammen. Sie gründeten eine Imbissstube und erhielten dafür einen gemeinsamen Kredit. Der Neustart schien zu gelingen, aber es kam zu Missstimmungen zwischen den beiden Kollegen. Sie trennten sich, der Kollege ging zurück zu seinen Eltern, die dessen Schuldenanteil übernahmen. S. R. dagegen blieb auf seinen Schulden sitzen und war nicht in der Lage, die Imbissstube alleine fortzuführen. So fiel er zurück auf ALG 2 (sog. Hartz IV). Es laufen juristische Verfahren zur Insolvenz und gegen die Einstufung zum Grad der Behinderung.

Wie sieht S. R. seine Situation? Der Staat kommt seiner Rechtspflicht nach und zahlt ihm die Grundsicherungsleistung nach dem Sozialgesetzbuch. Auch finanziert er die stufenweise Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Aber jede rechtskonforme Zusatzleistung ist mit viel bürokratischem Aufwand und grenzwertiger Anforderung an die eigene Geduld verbunden, so seine Meinung. Persönliche und ihm zugewandte Hilfe erhält er von den Wohlfahrtsverbänden Arbeiterwohlfahrt und Caritas, nicht vom Staat. Die AWO beschäftigt ihn in ihrem Secondhandshop, versucht die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und hilft in Fragen des täglichen Lebens wie bei der Wohnungssuche. Die Hilfe der AWO sei weniger langwierig, kompetenter und kooperativer als die staatliche Betreuung, meint er. Im Laden der AWO repariert er gespendete Elektroartikel für den Verkauf.

Caritas ermöglicht ihm den Einkauf im Waldshuter Tafelladen. Dort erhält er die Hälfte der wöchentlich benötigten Lebensmittel. Das ist ihm eine wesentliche finanzielle Hilfe. Ergänzend kauft er bei Discountern ein, achtet auf Aktionen und herabgesetzte Ware am Mindesthaltbarkeitsdatum. Das Konzept des Tafelladens und das Warenangebot findet er gut, auch wenn er hin und wieder zu dem letzten Drittel der eingelassenen Kunden zählt. Gegen das Personal hat er keine Einwände. Seine Kritik am Tafelladen? Der zu lasche Umgang mit der Disziplinlosigkeit der wartenden Kunden. „Da gehört Struktur reingepögel“ ist seine Meinung. Drängelei nach vorne, lautes Gerede, wenn man aufgerufen wird, Unfreundlichkeit einzelner Volksgruppen stören ihn sehr. „Diejenigen, die am häufigsten zum Einkauf kommen, meckern am meisten“.

Wie empfindet S. R. seine Situation? Fühlt er sich arm, ausgegrenzt, diskriminiert? „Von allem etwas“, ist seine Antwort. Die fehlende soziale Teilhabe belastet ihn am meisten. Seine Wunschveranstaltungen könne er der Geldknappheit wegen nicht besuchen, Kino sei nicht bezahlbar. Gegen Ende des Monats sei trotz scharfen Haushaltsplans die Kasse leer. Wie sieht er seine zukünftige Lage? „Nicht hoffnungslos“ ist seine Antwort.

Wer den Lebenslauf von S. R., Tafelkunde und Waldshuter Bürger, kennt, muss eine Diskussion über selbstverschuldete Armut diskriminierend und lächerlich finden. Sein monatliches Einkommen beträgt 440 €, für seine 50 qm Wohnung erhält er 540 €. Seit

Kindheit ist er übergewichtig, sein Beruf als Koch hat seine Bemühungen abzunehmen, nicht begünstigt. Dass er nun an Krücken laufen muss, untergräbt jede Möglichkeit der Gewichtsabnahme. Fatal wirken sich zusätzlich die finanziell begrenzten Möglichkeiten beim Lebensmitteleinkauf aus. Es ist bekannt, dass sich ALG 2-Empfänger und ihre Familien von zu fetten und zu süßen Speisen ernähren. Obst und Gemüse sind zu teuer. Übergewicht, Zuckerkrankheit, hoher Blutdruck, Fettstoffwechselstörungen und Gicht sind auf Dauer die Folge (8). S. R. will dagegen angehen und sich einer Operation zur Magenverkleinerung unterziehen. Wird sich danach die Auswahlmöglichkeit der ihm zur Verfügung stehenden Lebensmittel verbessern? Was meinte er doch zu seiner zukünftigen Lage: „nicht hoffnungslos“.

„Sozialstaat ohne Freie Wohlfahrtspflege?“ (41).

Das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) weist der Freien Wohlfahrtspflege eine Vormachtstellung gegenüber privaten und öffentlichen Anbietern sozialer Dienste zu (41). Teilweise gehen die Aufgaben der Freien Wohlfahrtspflege über das Subsidiaritätsprinzip hinaus. Dann übernimmt sie hoheitliche staatliche Aufgaben. Die Breite ihrer sozialen Dienste ermöglicht ihr vielfältige Hilfen, vor allem auch im Bereich der sozialen Partizipation. Ihr Einsatz für Menschen mit geringer oder fehlender Zahlungskraft basiert auf fachlicher Kompetenz, Werteorientierung und infolge ihrer Gemeinnützigkeit auf einer anpassungsfähigen Wirtschaftlichkeit. Die Erzielung von Gewinn ist nicht ihre vorrangige Aufgabe (41). Dadurch öffnet sie sich für ehrenamtliche Mitarbeiter. Alle diese Voraussetzungen befähigen sie, schneller als private oder staatliche Organisationen auf gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren. Als ein Beispiel dafür kann auf die Flüchtlingskrise verwiesen werden (41).

Die ehrenamtliche Tätigkeit für die Wohlfahrtspflege ist nicht unumstritten. Ehrenamtliche seien zu wenig qualifiziert, verdrängen hauptamtlich Tätige und springen dort ein, wo der Sozialstaat seiner Verantwortung nicht nachkommt. Das sind nur einige der Vorwürfe. Daseinsfürsorge sei doch eine vom Grundgesetz gewährte öffentliche Aufgabe. Trifft diese Kritik zu? Was ist ehrenamtliche Tätigkeit und was ihre Motivation?

Ehrenamtliche Arbeit ist freiwillig, erfolgt ohne Bezahlung, ist an eine Organisation gebunden, die sich häufig sozialer Probleme annimmt und in diesem Sinne wohltätige Ziele verfolgt. Die Arbeit ist damit fast immer prosozial ausgerichtet. Ehrenamtliche Tätigkeit ist aber auch subjektbezogen: sie soll Freude bereiten und zu einer Begegnung mit gleichgesinnten, sympathischen Menschen führen. Sie ist für viele Ehrenamtliche ein Teil ihrer Lebensplanung. Familienleben, Freizeitgestaltung, Erwerbstätigkeit und eben persönliches Engagement gehören dazu (43).

D. S. ist einer dieser ehrenamtlich Tätigen im Waldshuter Tafelladen. Nach Ende seiner beruflichen Tätigkeit habe er „etwas Soziales“ tun wollen. Er sei in einer sozial orientierten Familie groß geworden, habe in einer Jugendorganisation Verantwortung für den Nächsten gelernt und selber Jahre der Not erfahren. Auf der Suche nach sozialer Betätigung sei er von Bekannten motiviert worden, in der Tafel mitzuarbeiten. Dort ist er nun schon viele Jahre tätig. Er wolle helfen, die Folgen für die von Armut Betroffenen zu lindern. Das deckt sich für ihn mit einem der wichtigen Ziele der Tafelbewegung: Armutsfolgen mindern und dabei immer wieder die Daseinsvorsorgepflicht des Staates betonen. Ein weiteres Ziel der Deutschen Tafeln ist es, die Vermüllung überschüssiger Lebensmittel zu verhindern. Diese Absicht hat F. B. bewogen in der Waldshuter Tafel mitzuarbeiten. Nach altersbedingtem Ausscheiden aus dem Lehramt suchte er nach einer neuen Strukturierung seines Alltags. Sein

ursprünglicher Wunsch, in einer Gärtnerei mitzuarbeiten, wurde mit Hinweis auf die Unzuverlässigkeit berenteter Mitarbeiter schroff abgewiesen. Ernüchtert trat er einen Afrikaaufenthalt an, baute dort Freundschaften zu mehreren Familien auf und leistete überschaubare finanzielle Unterstützung für schulpflichtige Kinder. Zurück in Deutschland wurde er von Bekannten angesprochen, in der Waldshuter Tafel mitzuarbeiten. Das entsprach seiner Vorstellung „etwas Sinnvolles zu tun“, nämlich noch verwendbare Lebensmittel vor der Vernichtung zu bewahren. Dass Ehrenamtliche in den Tafeln armutsgefährdete Mitmenschen unterstützen wollen, ist unbestritten. Zu Recht weist E. Scheller aber auch darauf hin, dass von vielen eine Portion Selbsthilfe gesucht wird: Spaß an der Arbeit im Laden, das Gefühl, gebraucht zu werden, Freundschaften unter den Mitarbeitenden zu schließen und soziale Anerkennung zu finden (49). Tafelmitarbeiter unterscheiden sich damit nicht wesentlich von Ehrenamtlichen auf anderen Feldern, die bei der Auswahl ihrer Tätigkeit gemeinsame Werte, Gewinn an Verständnis und Selbstwert sowie ein soziales Umfeld suchen. Die Dauer des Engagements hängt dabei deutlich vom Grad ihrer Zufriedenheit ab (58).

Freie Wohlfahrtspflege mit ehrenamtlicher Arbeit oder mehr professionelle Hilfe des Staates? Soll die subsidiäre Eigeninitiative der Zivilgesellschaft gestärkt oder professionelle Dienstleistung bereitgestellt und finanziert werden? Diese Fragen stehen weiter im Raum. Die Tendenz geht derzeit eher in Richtung einer professionellen Lösung (43).

„Corona oder die Pandemie der Ungleichheit“: „Erst kommt das Virus, dann die Armut“.

Zwei Zitate, das erste Covid-19, das zweite der Spanischen Grippe zugeordnet (26, 13). Die Spanische Grippe nimmt ihren Lauf, als im März 1918 in einem Ausbildungscamp in Kansas/USA der Militärkoch morgens mit Fieber, Kopf-, Glieder- und Halsschmerzen auf der Krankenstation vorstellt wird. Gegen Mittag sind es bereits hundert, nach drei Wochen über tausend Soldaten, die heftig erkrankt sind. Achtunddreißig der vorher gesunden und jungen Rekruten sterben an der heimtückischen Erkrankung (57). Als dann viele tausend amerikanische Soldaten nach Frankreich verschifft werden, erreicht die Erkrankung Europa und die übrige Welt. Ihren Namen erhält sie, als die in Spanien noch freie Presse von der Erkrankung des spanischen Königs und seines Kabinetts berichtet. Ablaufend in drei Wellen sollte sie bis 1919 weltweit dreißig bis fünfzig Millionen Menschen das Leben kosten (35). In Deutschland starb etwa eine halbe Million, in der Schweiz etwa 25 000 Menschen an der Erkrankung. Auch der südbadische Raum war stark betroffen. Für Lörrach wird die Sterberate an schweren Erkrankungen der Atemwege mit 7,2 Promille angegeben, dreimal so hoch wie in Karlsruhe (35). Normal wäre ein Wert von 1-3 Promille gewesen. Es war die 2. Welle im Herbst 1918, die wegen Mutation des Erregers besonders heftig ausfiel. Am 20. Oktober 1918 war in der Freiburger Zeitung zur „Spanischen Krankheit“ zu lesen: „In der letzten Zeit haben sich die Fälle mit schweren Krankheitssymptomen und gefährdenden Zuständen vermehrt und zu häufigen Todesfällen an Lungenentzündung und Versagen der Herztätigkeit geführt. Auffallend ist, daß von der gegenwärtig herrschenden Epidemie namentlich junge, körperlich kräftige Personen ergriffen wurden und zum Teil schnell erlagen“. Man solle Nähe zu Erkrankten meiden, die Hände sauber halten und Reisen in überfüllten Eisenbahnzügen nicht antreten. Mit Ende des Krieges war die Berichterstattung über die Grippe dürftig, die deutschen Behörden hielten Informationen über den Gesundheitszustand der Bevölkerung gezielt zurück. Die Betroffenen sahen die Ursache vor allem in der schlechten Versorgungssituation. Man kannte den Erreger noch nicht, brachte das „Pfeiffer-Bazillus“ ins Spiel (35). Allerlei Verschwörungstheorien machten die Runde. Die

staatlichen Behörden gaben keine Anweisungen zum Umgang mit der Erkrankung heraus, der Landesgesundheitsrat in Baden wurde gar nicht einberufen. Die Verantwortung hatten die Lokalbehörden zu tragen. Die sich gerade entwickelnde Filmindustrie wurde geschont, alle Kinos in Mannheim und Konstanz blieben offen (65). Nicht nur in Singen fanden Tanzveranstaltungen statt (12). Schnell waren die meisten Hospitäler überfüllt. Es mangelte an Ärzten. Wirksame Medikamente gab es keine, der schnelle Tod der jungen Patienten war unerklärbar. Erst viel später konnte eine Überreaktion des Immunsystems nachgewiesen werden.

Auch am Hochrhein wurden in der Pandemiezeit unzureichende Ernährung und schlechte Wohnsituation für den schlechten Gesundheitszustand der Bevölkerung verantwortlich gemacht. Noch im Sommer 1918 hatte das „Säckinger Tagblatt“ zu entwarnen versucht. „Zu ernster Besorgnis liegt keine Veranlassung vor“, war da zu lesen (29). Aber die etwas weniger regulierte Schweizer Presse berichtete von steigenden Erkrankungen und Todesfällen. Diese Berichte sorgten in der Grenzregion für Beunruhigung. Bei fehlender Verfügbarkeit von Medikamenten griff man auf Kalktabletten und angeblich wirksame Naturprodukte wie Zwiebel, Wacholderbeeren und Wundertees zurück (29). Die Situation verschlechterte sich schnell. Im Oktober 1918 mussten Schulen in Murg, Rhina und Niederhof geschlossen werden. Diese Maßnahme hatten die Landesbehörden unbedingt verhindern wollen. Viele junge Menschen starben an „einer bösartigen Erkrankung der Atmungsorgane“ (29). Auch am Hochrhein empfahlen die Behörden als Vorbeugung Sauberkeit, das Meiden von Menschenansammlungen und den Verzicht auf Reisen mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie sind durch die Überlagerungen mit den Folgen des 1. Weltkriegs schwer zu beurteilen. Schweden war am Krieg nicht beteiligt gewesen und hat die Erkrankung sehr genau dokumentiert. Die Auswertung zeigt, dass das wirtschaftliche Wachstum sank, die Kapitalerträge einbrachen und die Löhne fielen. Angebot und Nachfrage sanken gleichzeitig. „In der Folge kamen auf jeden Grippetoten vier Überlebende, die verarmten“ (26). Durch den Tod der jungen, vor allem männlichen Menschen veränderte sich der Arbeitsmarkt. Frauen und Kinder mussten einspringen, was das Arbeits- und Lohnniveau senkte. Die Kindersterblichkeit stieg. Langzeitfolgen waren nachweisbar. Die Sterberate bei 50- bis 65-jährigen Männern erhöhte sich, wenn ihre Mütter während der Schwangerschaft an der Spanischen Grippe erkrankt gewesen waren. Auch konnte ein Rückgang der kurz- und langfristigen Fertilität nachgewiesen werden (26).

In zahlreichen Untersuchungen ist gezeigt worden, dass die Spanische Grippe sozial benachteiligte Gruppen stärker betroffen und dort zu einer höheren Sterberate beigetragen hat als in der sozial besser gestellte Bevölkerung (60). Das ist zunächst wenig verwunderlich, da dieser Zusammenhang bereits von der Tuberkulose bekannt, aber auch für andere chronische Gesundheitsstörungen wie Zuckerkrankheit, Herz-Kreislauf-, Lungen und Lebererkrankungen nachgewiesen ist. Damit steht die Frage im Raum, ob ein solcher Zusammenhang auch bei Covid-19 gefunden werden kann. Schon während der ersten Welle im Frühjahr 2020 gab es Mitteilungen, die auf eine herausgehobene Gefährdung nicht nur der älteren, der chronisch kranken, sondern auch der sozio-ökonomisch benachteiligten Bevölkerung hingewiesen haben. Da dieser Zusammenhang auch für die Hospitalisierung und die Sterberate galt, wurde schon frühzeitig eine Berücksichtigung bei den Infektionsschutzmaßnahmen gefordert. Das ist leider bei der Priorisierung der Impfung nicht erfolgt. Der Vorwurf der Ungleichheit im Bereich Gesundheit steht daher im Raum. Mögliche Folgen sind eine Verschärfung der Armutslage durch Einkommensausfälle, Arbeitslosigkeit,

Einschränkungen der Mobilität und Verschärfung der beengten Wohnraumsituation. Begünstigt werden dadurch häusliche Gewalt, Einschränkungen der Bildungsmöglichkeiten, vor allem für Kinder, weitere Gesundheitsschäden durch schlechte Ernährung und fehlenden Zugang zu notwendigen Lebensmitteln, u. a. auch durch die Schließung der Tafeln (61). Die Waldshuter Tafel blieb während des ersten Lockdowns geschlossen. Die Impfstrategie war im Kreis Waldshut an der empfohlenen Priorisierung ausgerichtet, sozial unterprivilegierte Gruppen spielten eine untergeordnete Rolle.

Fragt man nach einem Anstieg der sozialen Ungleichheit in der Corona-Pandemie, so erhält man bei Google etwa 90 000 Ergebnisse. Für unseren gesellschaftlichen Bezugsrahmen wollen wir unter sozialer Ungleichheit die dauerhaften Unterschiede in Einkommen und Vermögen, schulischer Bildung, den politischen Rechten und Chancen sowie sozialer Anerkennung verstehen. Die Teilhabe an Gesellschaft und die Verfügung über gesellschaftlich relevante Ressourcen sind ungleich verteilt. Während die Ungleichheit für den Gesundheitsbereich und die Bildung der Schulkinder schon in der Zeit der Pandemie erkennbar ist, sind die bisher vorliegenden Studien zur Einkommensentwicklung weniger eindeutig. Bei erhöhter Ungleichheit der Erwerbseinkommen, sind die verfügbaren Einkommen infolge der Unterstützung durch die sozialstaatlichen Sicherungssysteme nur wenig verändert. Die Lockdownmaßnahmen haben zu teils erheblichen Einbußen der Erwerbseinkommen geführt. Anerkannt ist die besondere Betroffenheit der geringfügig Beschäftigten, der Bildungsschwachen, der Menschen mit geringer Berufsqualifikation, aber auch von vielen Selbständigen. Die Kurzarbeit ist als wichtiges Instrument zur Einkommenssicherung anerkannt (6). Wie die Langzeitfolgen sein werden, ist offen. Zur Frage, ob die verfügbaren Haushaltseinkommen in der Pandemie nicht ungleicher als zuvor geworden sind und wie nachhaltig das sein wird, hat M. Fratzscher Stellung genommen (16). Die derzeit sinkende Einkommensungleichheit habe ihre Ursache in den Einkommensverlusten der Selbständigen in der Pandemie, die vorher überdurchschnittliche Verdienste hatten. Die Haushaltseinkommen der einkommensschwächeren Menschen seien nicht gestiegen. Wenn aber nach Ende der Krise die Einkommen der Selbständigen wieder steigen, die entlassenen Menschen mit einem Minijob und die Langzeitarbeitslosen nicht zurück in den Arbeitsmarkt finden, wird die Ungleichheit der Einkommen wieder deutlich zunehmen. Seit dem Jahr 2005 hat sich die Einkommensungleichheit nicht verringert, obwohl Wirtschafts- und Beschäftigungsboom drei Millionen Jobs geschaffen haben. Da 20 Prozent der Menschen in Deutschland immer noch für weniger als 11,40 € pro Stunde arbeiten, sind sie weiter auf staatliche Hilfe angewiesen. Der Anstieg ihrer Löhne in den letzten Jahren wurde weitgehend vom Anstieg der Wohnkosten aufgebraucht. Da sie keine Rücklagen für die Zukunft bilden können und ihre Rentenansprüche gering sind, werden sie von Altersarmut bedroht. Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien haben in der Pandemie besonders gelitten. Mit einem schlechten Schul- oder Ausbildungsabschluss werden sie es auf dem zukünftigen Arbeitsmarkt sehr schwer haben. So warnt M. Fratzscher davor, dass in diesem Jahrzehnt pandemiebedingt viele Erwachsene aus dem Niedriglohnsektor, aber auch viele schlecht qualifizierte Jugendliche dauerhaft den Anschluss an die gesellschaftliche Entwicklung verlieren könnten.

Am 1. Juni 2021 berichtete der „Albbote“ von Menschen der Hochrheinregion, die sich in der Coronazeit beruflich neu orientiert haben. Betroffen von Arbeitslosigkeit und Abwanderung waren vor allem der Tourismusbereich, Gaststätten, Gärtnereien, aber auch Metall- und Elektrobetriebe. Für die Agentur für Arbeit ist das der Anlass, auf die Fachkräfteproblematik in der Region hinzuweisen. Corona wird sie verstärken. Die Agentur geht davon aus, dass

durch den sich ergebenden Strukturwandel und die Digitalisierung „einfache Arbeitsplätze wegfallen und durch Tätigkeiten ersetzt werden, die höhere Anforderungen haben. Lebenslanges Lernen gewinnt an Bedeutung, ohne Weiterbildung kommt heute kaum jemand noch aus“. Einige Seiten davor war zu lesen, dass in der Region, unweit von Waldshut, auf dem Sisslerfeld/CH fünfzehntausend Arbeitsplätze neu entstehen sollen. „Innovative, wertschöpfungsstarke Unternehmen“ sind rund um weltweit agierende Pharmaunternehmen vorgesehen. Auch sie werden gut ausgebildete Arbeitskräfte brauchen. Den erforderlichen höheren Arbeitsplatzqualifikationen werden sich Waldshut und der Landkreis nicht verschließen können. Der Blick sollte auf den Bildungssektor und die Verkehrsinfrastruktur unter Einbeziehung des Schweizer Grenzraums um Basel und Zürich gerichtet sein. Der traditionsgeprägte eifersüchtige Blick Richtung Stuttgart wird da wenig helfen. Aber was wird mit den Menschen sein, die Schwierigkeiten haben, diese Entwicklung mitzugehen?

Ist Armut der Weg in eine Unterschicht?

Anfang des Jahrhunderts wurden die Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt in Kraft gesetzt. Sie gingen aus den Vorschlägen der sog Hartz-Kommission hervor. In der deutschen Gesellschaft wird derzeit rege diskutiert, ob diese Form der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik den Betroffenen gegenüber erfolgreich, angebracht oder diskriminierend ist. Hat sich der Staat vom einem fürsorgenden in einen aktivierende Wohlfahrtsstaat gewandelt? Ein kurzer Rückblick auf die historischen Wurzeln der Fürsorge kann für die Grundlage und Kritik der gegenwärtigen Gesetzeslage hilfreich sein.

In der archaischen Gesellschaft stand das Wohlergehen der gesamten Gruppe im Vordergrund. Arm war, wer die notwendigsten Güter zum Überleben nicht zur Verfügung hatte. Er oder die Gruppe konnten Hilfe in Form einer Gabe erwarten. Wer die Gabe annahm, verpflichtete sich zu einem Ausgleich gegenüber der Gemeinschaft. Die Gabe gründete in einer wechselseitigen Beziehung.

In der griechisch-römischen Antike gab es keine öffentliche Hilfe für die zahlreichen Armen. Wer die notwendigsten Dinge zum Überleben nicht hatte, musste sich selbst helfen oder war auf private Almosen angewiesen. Arm im Sinne von „pauper“ war, wer für sein Überleben arbeiten musste. Wer nicht arbeiten konnte, war „egens“-bedürftig. Nur eine vermögende Oberschicht galt als nicht arm. Wer nicht dazu gehörte, war machtlos und nicht angesehen. Eine Pflicht des Teilens war Griechen und Römern fremd. Euergetismus der Antike war eine gute Tat gegenüber Verwandten, Freunden, dem Staat oder seinen Bürgern, keinesfalls aber gegenüber den Armen (20). „Do ut des“, ich gebe, damit du gibst, dieser Anspruch konnte sich nicht auf den Armen beziehen, der nichts zurückgeben konnte. Dieser Arme galt als Lügner und Betrüger und war für sein Schicksal selbst verantwortlich. Der Euergetismus diente häufig dem Stifter, seinen gesellschaftlichen Einfluss zu steigern, wirtschaftliche in soziale Macht umzusetzen.

Im europäischen, christlich geprägten Mittelalter waren Menschen ungleich. Die Gesellschaft war ständisch geprägt. Arm war, wer seine Existenz nicht sichern konnte, kein Grund und Boden besaß, schutz- und machtlos war. Armut galt wie Reichtum als ein gottgewollter Zustand, der mit Demut zu ertragen war. Der Arme stand damit nicht außerhalb der Gesellschaft. Armut und nicht Reichtum folgte dem Weg Christi zur Erlösung. Das Almosen war dem Reichen eine Hilfe, den Weg der Erlösung zu beschreiten. Damit hatte das Almosen einen völlig anderen Bezug als die Gabe angenommen. Dem Spender verhalf es zu seinem Seelenheil, dem Armen ermöglichte es seine gesellschaftliche Einbindung. Armut war zu

einem Element geworden, das die ständische Ordnung stabilisierte (27). Neben dem Almosenwesen bildete sich eine karitative Unterstützung durch Klöster, Grundherren, Zünfte, Bruderschaften und die Spitäler aus. Der karitative Gedanke war auch die Gründungsidee des Heilig-Geist-Spitals in Waldshut. Mit Aufkommen des Handels und der Geldwirtschaft verlor die Armut zunehmend die gesellschaftsstabilisierende Bedeutung. Almosen wurden nicht mehr als Naturalien gegeben, was zum Verlust der Nähe zur Hausgemeinschaft beitrug. Die Städte wuchsen, ein vermögendes Bürgertum bildete sich aus. Eine Landflucht setzte ein und führte zu einer Armutproblematik vor den Toren der Städte (27). Armut bekam ein abstoßendes Bild. Armut war nicht mehr der gottgewollte, unveränderliche Zustand, sondern individuell verschuldet und vermeidbar. Man unterschied zwischen würdigen und unwürdigen, zwischen arbeitsfähigen und nicht arbeitsfähigen Armen. Viele Arme wurden dadurch gesellschaftlich isoliert. Nicht arbeitsfähige Arme wurden lediglich an ihrem Heimatort unterstützt, wie die „Egentes“, die ins Waldshuter Spital eingeladen wurden. Die Armut hatte ihren gesamtgesellschaftlichen Bezug verloren.

Mit der Reformation ging der religiöse Bezug der Armut endgültig verloren. Das Almosen als Mittel zum Lebensunterhalt und ohne Bezug zur Arbeit war undenkbar geworden. Armenfürsorge wurde zur Aufgabe der Ordnungspolitik, städtische Armenverordnungen entstanden. Unberechtigtes Betteln wurde bestraft, Bettler ausgegrenzt. Armut wurde zu einem sozialen und politischen Problem. Die massenhafte Landflucht trug zur Ausbildung einer städtischen „Unterschicht“ bei (27). Durch die Vermischung mit anderen städtischen Randgruppen wurden Armut, Kriminalität und sozialer Abstieg zu einem Problem, das im 17. Jahrhundert die Sozialdisziplinierung und Armeninternierung bedingte (27). Arbeitshäuser entstanden, Einrichtungen der Bestrafung und Erziehung. Wer arm war und nicht arbeiten wollte, sollte es hier lernen. Man wollte seine Arbeitskraft nutzen. Die Unterteilung in Arbeitsfähige und Nicht-Arbeitsfähige trat immer mehr in den Vordergrund. Wer arbeiten konnte, aber nicht wollte, musste zur Arbeit gezwungen werden. Nur diejenigen, die nicht arbeiten konnten, erhielten Unterstützung. Darin sah man die Lösung der Armutproblematik (27).

Im 18. und 19. Jahrhundert tritt die Isolation der Paupers immer stärker in den Vordergrund. Der Pauper ist nicht mehr Arbeitskraft, die wie im 17. Jahrhundert noch „genutzt“ werden konnte, nein, er ist unnützlich und sozial isoliert, da er nicht arbeitet (27). Nach der kurzen Phase der Philanthropie, die Arbeitsmaßnahmen zur Vermeidung von Armut anstrebte, trat die staatliche Zuständigkeit zur Fürsorge immer mehr in den Vordergrund. Die Kommunalisierung bedeutete die Übernahme der streng geregelten Almosenvergabe durch den Gemeinderat. Die Rationalisierung legte Kriterien fest, nach denen die Armen Unterstützung erhielten. Die Bürokratisierung sorgte über Verwaltungsinstitutionen für eine Überprüfung der Bedürftigkeit. Die Pädagogisierung verstärkte den Druck auf die Umerziehung der arbeitsscheuen Armen. Der staatliche Einfluss im 19. Jahrhundert führte zum endgültigen Rückzug der Bevölkerung aus der sozialen Verantwortung und Solidarität. Die Distanzierung war von einer Hierarchisierung begleitet. Eine Klassengesellschaft hatte sich ausgebildet. Der Besitz an industriellen Produktionsmitteln charakterisierte die obere Klasse. Der Arbeiter dagegen hatte keinen Besitz und arbeitete für billigen Lohn unter schlechten Bedingungen. Als ab Ende des 19. Jahrhunderts die Zahl der Unselbständigen immer stärker wuchs, traten soziale Hierarchien zwischen Beamten, Angestellten, Fach- und Hilfsarbeitern stärker in den Vordergrund als die Ungleichheit zu der oberen Klasse. Die Berufsausbildung wurde für die soziale Schichtung bedeutsamer als die Besitzverhältnisse. Der Beruf bestimmte immer mehr die Stellung in der sich ausbildenden geschichteten

Gesellschaft. Auf- und Abstieg innerhalb dieser Gesellschaft sollten von der individuellen Leistung geprägt werden (21).

Mit dem Übergang der Industrie- in eine Dienstleistungsgesellschaft war die Hoffnung verbunden, dass für viele Menschen gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen könnten. Eine Zunahme der Verteilungs- und Chancengleichheit sollte eine stabile Mittelschicht in der postindustriellen Gesellschaft gewährleisten. Im Dienstleistungssektor tun sich aber inzwischen erhebliche Ungleichheiten auf. Hochqualifizierte in produktiven Branchen haben sichere Arbeitsplätze und hohe Einkommen, niedrig Qualifizierte in wenig produktiven Berufen leiden unter niedrigen Löhnen und finden häufig nur ungesicherte Stellen. Die schrumpfende Industrie setzt wenig anpassungsfähige Arbeitskräfte frei. Globalisierung, Demographie und Fachkräftemangel verschärfen die ungleiche Schichtung der Gesellschaft (22).

Ist also Armut der Weg in eine Unterschicht? Wenn wir heute von Armut sprechen, meinen wir im Allgemeinen, der Betroffene habe weniger als die Mehrzahl der Bevölkerung (27). Armut wird mit sozialer Ungleichheit gleichgesetzt. Damit wird sie weitgehend zur Aufgabe staatlicher Politik. Für die Betroffenen den Begriff Unterschicht einzuführen, geht auf die Jahre nach 1970 zurück. Zehn Jahre zuvor hatte sich der Begriff „Underclass“ in den USA verbreitet. Arbeitslose und schlecht Qualifizierte, vor allem Farbige, wurden in benachteiligte Stadtviertel abgedrängt, hatten schlechte Voraussetzungen auf Bildung und Arbeit. Man ging davon aus, dass sie sich mit ihrer Situation abfinden und dass sie eigene Werte, Normen und Verhaltensweisen ausbilden würden (27). Zur materiellen kommt damit eine zusätzliche kulturelle Komponente. Arme und Nicht-Arme werden räumlich, sozial und ökonomisch getrennt. In Zeiten der Globalisierung, in der Mobilität in jeder Beziehung gefordert wird, könne diese „Underclass“ nicht mithalten und sei ein belastendes Anhängsel der Gesellschaft. Solche Verhältnisse und Einstellungen lassen sich nicht einfach auf Deutschland übertragen. Aber sie leben in der Vorstellung fort, wenn von einer resignierenden Unterschicht, von perfektionierten Nutzern der Sozialhilfe und fehlender Selbstdisziplin die Rede ist. Diese Meinungen haben den Weg in die Hartz IV-Gesetzgebung geebnet. Nicht berücksichtigt werden dabei die Ergebnisse der dynamischen Armutsforschung. Armut muss sich nicht verfestigen, zahlreiche Arme schaffen den Ausstieg aus der Armut. Die Betroffenen sind handlungsfähige Personen. Armut betrifft heute nicht nur eine fest umgrenzte Gruppe, sondern kann auch Menschen der Mittelschicht erfassen. Armut ist individualisiert und zeitlich, es gibt vielfältige Formen. Armut, und das ist entscheidend, kann sozialpolitisch angegangen werden. Jeder Betroffene hat auf seine persönliche Lage bezogene Rechtsansprüche, Geldleistungen, Hilfsangebote und Fortbildungsmöglichkeiten. Es gibt unterschiedliche Wege aus der Armut. Der Armutsbegriff von Amartya Sen, Armut als Mangel an Verwirklichungschancen zu verstehen, erfasst diese Bipolarität sehr gut: Verwirklichungschancen, die man persönlich ergreifen kann, die aber auch vom Staat gezielt unterstützt werden müssen. Ein existenzsichernder Mindestlohn, Zugang zu einer ausreichenden Gesundheitsversorgung und Ernährung, berufliche Qualifizierungsmöglichkeit und Weiterbildung statt Vorrang einer schnellen und kurzfristigeren Arbeitsvermittlung sind erfolgversprechende, inzwischen bestätigte Erfolgsrezepte. Weg von einer überstürzten Aktivierung, hin zu einer individuellen Förderung, das eröffnet dem in Not geratenen Betroffenen Verwirklichungschancen, die er nachweisbar häufiger ergreift als die kurzfristige Aktivierung (53). Der von Armut Betroffene hat ein Einzelschicksal, er ist nicht das Glied einer kollektiven Unterschicht.

Quellenangabe:

1. Arbeitskreis Armutsforschung: Erklärung zum Armutsbegriff. Soziale Sicherheit 4/2017, Bund Verlag.
2. Arbeitsstatistik 1984: Bundesanstalt für Arbeit. 33. Jahrgang, 18. Juli 1985.
3. Bauer, G.: Baden nach 1952-Mentale Resistenzen und neue Traditionen. Diss. Univ. Konstanz 2012.
4. Becker, R., Lauterbach, W.: Familie und Armut in Deutschland. In: Nave-Herz, R.: Kontinuität und Wandel der Familie in Deutschland. De Gruyter 2002.
5. Becker-Oberender, K.: Die Rolle der konfessionellen Wohlfahrt im 20. Jahrhundert. Univ. Siegen 2006.
6. Beznoska, M. u. a.: Verteilungsfolgen der Corona-Pandemie: Staatliche Sicherungssysteme und Hilfsmaßnahmen stabilisieren soziales Gefüge. Wirtschaftsdienst 101, 2021.
7. Blümle, G.: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im Land Baden 1945-1952. In: (Süd)Baden nach 1945. Verlag W. Kohlhammer 1999.
8. Bödeker, J.: Tafeln, Armut und Gesundheit. 11. Jahrestreffen der Tafeln, 2005.
9. Buhr, P.: Armut und Armutsentwicklung in Deutschland. Zentrum für Sozialpolitik, Univ. Bremen. AP 4/2004.
10. Bundesagentur für Arbeit: Statistik nach Regionen. 2021.
11. Donnhauser, I.: Wie die Stadt nach dem Krieg eine Flüchtlingswelle bewältigt. Waldshuter Erzähler, Südkurier 17. 3. 2017.
12. Eckart, W. U.: Tanzen am Abgrund. Momente, 3, 2018.
13. Ehmke, E.: Corona oder die Pandemie der Ungleichheit. Goethe-Institut Schweden 2020.
14. Fischer, B., Vullhorst, U., Werner, J.: Wirtschaftskrisen und Konjunkturzyklen in Baden-Württemberg seit 1950. Statistisches Monatsheft BW 9/2009.
15. Fischer, J.: (Süd-)Baden nach 1945. Eine neue Kulturpolitik. Kohlhammer 1999.
16. Fratzscher, M.: Corona verringert die Ungleichheit-aber nur kurzfristig. DIW Berlin, 7.5.2021.
17. Grosser, Th.: Angekommen? Die deutschen Vertriebenen nach 1945. Landeszentrale für politische Bildung BW 2010.
18. Hahn, S.: Ländliche Strukturpolitik als Armutspolitik in Südwestdeutschland 1949-1974. Diss. Universität Trier 2017.
19. Hasswani, S.: Wirtschaftswunder beendet den Notstand auf dem Hotzenwald. Südkurier 8. 8. 2016.
20. Herrmann-Otto, E. u. a.: Armut, Arme und Armenfürsorge in der paganen Antike. In: Armut, Primus Verlag 2011.
21. Hradil, S.: Armut in einer modernen Gesellschaft. Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Band 229, 2015. Franz Steiner Verlag.
22. Hradil, S.: Soziale Ungleichheit. Historische Entwicklung. Bundeszentrale für politische Bildung 2012.
23. IHK Hochrhein-Bodensee: Kaufkraftentwicklung in der Grenzregion Hochrhein-Bodensee. 2019.
24. Jarausach, K. H.: Sozialstaat in der Krise. DGDB, 27.7.1981.
25. Kaelble, H.: Mehr Reichtum, mehr Armut. Campus Verlag 2017.
26. Karlsson, M., Strupat, Ch.: Erst kommt das Virus, dann die Armut. Univ. Duisburg/Essen, Campus-Report 03/2014.

27. Kern, S.: Führt Armut zu sozialer Isolation? Diss. Univ. Trier 2002.
28. Klöckler, J.: Entnazifizierung im französisch besetzten Südwestdeutschland. In: Schuster, W., Weber, W.: Entnazifizierung im regionalen Vergleich. Archiv der Stadt Linz 2004.
29. Krauß, I.: Als die Spanische Grippe den Hochrhein erreichte. Bad. Zeitung 18.4.2020.
30. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2012.
31. Landkreis Waldshut: Bevölkerung und Wirtschaft. Statistik 2019 u. 2020.
32. Lauterbach, W.: Armut in Deutschland. Univ. Oldenburg 2003.
33. Lepp, C., Oelke, H., Pollack, D.: Religion und Lebensführung im Umbruch der langen 1960er Jahre. Vandenhoeck u. Ruprecht 2016.
34. Lürbke, D.: Armut und Armutspolitik in der Stadt. Diss. Univ. Freiburg 2014.
35. Michels, E.: Die „Spanische Grippe“ 1918/19. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 58/1 2010.
36. Mickel, A.: In den 60er Jahren ist auf dem Hotzenwald fast jeder im Dorf ein Landwirt. Südkurier 12.9.2018.
37. Miltenberger, M. V.: Historisches Stadtbild und Stadtentwicklung Waldshuts im 20. Jahrhundert. In: Geschichte der Stadt Waldshut. Bd. 3. J. Fink Verlag 2004.
38. Miltenberger, M. V.: Industrialisierung und industrielle Krise. In: Geschichte der Stadt Waldshut. Bd. 3. J. Fink Verlag 2004.
39. Normann v., K.: Evolution der Deutschen Tafeln. Wehle Verlag 2003.
40. Pieper, J. u. a.: Armutsberichte. Der Paritätische Gesamtverband 2018 und 2019.
41. Rada, A. u. a.: Freie Wohlfahrtspflege und Sozialstaat. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. 2017.
42. Rauh-Kühne, C.: Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft. Archiv für Sozialgeschichte 35, 1995.
43. Röpke, Th.: Bürgerschaftliches Engagement und sozialstaatliche Daseinsvorsorge. Bürgergesellschaft 38, Friedrich Ebert Stiftung 2012.
44. Ruch, Ch.: Die Jahre französischer Besatzung. In: Geschichte der Stadt Waldshut. Bd. 3. J. Fink Verlag 2004.
45. Ruch, Ch.: Viehmarktplatz-Brücke und Fußgängerzone-Die Geschichte zweier umstrittener Verkehrsprojekte. In: Geschichte der Stadt Waldshut. Bd. 3. J. Fink Verlag 2004.
46. Ruch, Ch.: Waldshut in der Bundesrepublik. In: Geschichte der Stadt Waldshut. Bd. 3. J. Fink Verlag 2004.
47. Ruch, J.: Geschichte der Stadt Waldshut. K. Zimmermann KG 1966.
48. Ruch, J.: Passion einer Stadt. Selbstverlag Josef Ruch. H. Zimmermann KG, Waldshut.
49. Scheller, E.: Welche Rolle spielen Tafeln und ihre Akteur_innen bei der Armutsbekämpfung in Deutschland. Armutszeugnisse.de 2014.
50. Scherer, R., Silfverberg, M., Riser, A.: Die (wirtschaftlichen) Verflechtungen des deutsch-schweizerischen Grenzraums. IPM Hochschule St. Gallen 2014.
51. Schwarz, S.: Rundbrief Nr. 4/51 Arbeitsgemeinschaft der Badener, 18.12.1951.
52. Sloterdijk, P.: Aufbruch der Leistungsträger. Cicero, Okt. 2009.
53. Spannagel, D. u. a.: Aktivierungspolitik und Erwerbsarmut. Report, WSI 2017.
54. Steiner, R.: Der Ausbau des Hochrheins zur Schifffahrtstraße. Die Geschichte eines gescheiterten Großprojekts. Diss. Univ. Mannheim 2006.
55. Sternadl, K.: 1945-1999. Th. Baur. Huber GmbH, Offenburg 2000.
56. Stingl, M.: Heimatbegriff, Heimatvereine und Landespolitik in (Süd)Baden 1947-1952. In: (Süd)Baden nach 1945. Verlag W. Kohlhammer 1999.

57. Tribelhorn, M.: Vor hundert Jahren wütete die Spanische Grippe. NZZ 16.3.2018.
58. Türk, B.: Freiwilliges Engagement in Non-Profit-Organisationen am Beispiel eines Hospizes. Univ. Konstanz 2004.
59. Vullhorst, U.: Strukturwandel und Wirtschaftsentwicklung. Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 4/2012.
60. Wachtler, B. u. a.: Sozioökonomische Ungleichheit und COVID-19. J. Health Monitoring, 5 (S7), 2020.
61. Wahrendorf, M. u. a.: Verschärfen COVID-19 Pandemie und Infektionsschutzmaßnahmen die gesundheitlichen Ungleichheiten? Kompetenznetz Public Health COVID-19, 28.5.2020.
62. Walla, W.: Vertriebene im Spiegel der Statistik. In: Vertriebene in Baden-Württemberg. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2004.
63. Weiss, A.: Waldshut-Eine Brücke zur Schweiz. In: Geschichte der Stadt Waldshut. Bd. 3. J. Fink Verlag 2004.
64. Weller, A.: Sozialgeschichte Südwestdeutschlands. K. Theiss Verlag 1979.
65. Witte, W.: Erklärungsnotstand. Die Grippe-Epidemie 1918-1920 in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung Badens. Centaurus Verlag 2015.